

Wissenschaftsrat

---

**Empfehlungen zum Fernstudium**



## Empfehlungen zum Fernstudium

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	3
A. Zur gegenwärtigen Situation	5
I. Anlaß und Gegenstand	5
II. Bisherige Entwicklung des Fernstudiums	6
1. Bundesrepublik Deutschland	6
2. Deutsche Demokratische Republik	9
3. Fernstudium in beiden deutschen Staaten im Vergleich	10
III. Institutionen des Fernstudiums	14
1. Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen (FUH)	14
2. Hochschule für Berufstätige - Staatlich anerkannte Fachhochschule der Akademikergesellschaft (AKAD), Rendsburg	31
3. Fernstudium an Präsenzhochschulen in den alten Ländern	35
4. Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF), Tübingen	38
5. Fernstudium an Präsenzhochschulen der neuen Länder	42
6. Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF), Dresden	46
IV. Veränderungen in den neuen Ländern seit 1989	47
V. Die internationale Dimension	50
VI. Übergreifende Aspekte	57
1. Zielgruppen des Fernstudiums	58
2. Studienabschlüsse in grundständigen Studiengängen	60
3. Weiterbildung durch Fernstudium	63
4. Flexibilisierung des Studiums und Studiendauer	64
5. Verhältnis zwischen Präsenz- und Fernphasen	65
6. Fernstudieneignung der Ausbildungsangebote	67
7. Neue Medien	69

B. Allgemeine Empfehlungen	72
I. Funktionen des Fernstudiums und künftige Nachfrage	72
II. Angebote im Fernstudium	74
III. Fachhochschulen und Fernstudium	77
IV. Zugang zum Fernstudium	80
V. Studienorganisation und Präsenzphasen	81
VI. Lehr- und Lernforschung, Didaktik und neue Medien	83
VII. Institutionelle Struktur eines Fernstudienverbunds	84
1. Fachkommission Fernstudium und Förderschwerpunkt Fernstudium	85
2. Finanzierungsbeiträge der Nachfrager	87
3. Information und Dokumentation	89
4. Nutzung des Fernstudienmaterials anderer Anbieter	91
5. Fernstudienzentren	92
VIII. Empfehlungen für die neuen Länder	92
C. Empfehlungen zu einzelnen Institutionen	94
I. Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen (FUH)	94
II. Präsenzhochschulen	96
III. Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF)	97
IV. Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF)	99
D. Zusammenfassende Empfehlungen	100

### Vorbemerkung

In allen entwickelten Industriegesellschaften gilt es als ein wichtiges gesellschafts- und hochschulpolitisches Ziel, für den Personenkreis, der kein Studium an einer Präsenzhochschule aufnehmen kann oder in der Vergangenheit nicht aufnehmen konnte, möglichst breit gefächerte Fernstudien für seine wissenschaftliche Ausbildung anzubieten. Eine ebenso wichtige Aufgabe des Fernstudiums besteht darin, ein differenziertes berufsbezogenes Angebot für die wissenschaftliche Weiterbildung Berufstätiger bereitzuhalten. Im Hochschulrahmengesetz (§ 13) sowie in den vergleichbaren gesetzlichen Regelungen der Länder ist entsprechend die Forderung verankert, das Fernstudium zu fördern.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bot den aktuellen Anlaß für den Wissenschaftsrat, auf Wunsch des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft die Situation des Fernstudiums zu überprüfen, denn Stellenwert und Strukturen des Fernstudiums in der DDR und in der Bundesrepublik unterschieden sich erheblich. Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Funktion und Organisation des bisherigen Fernstudiums in West- und Ostdeutschland beschrieben sowie Vorschläge für ein künftiges Fernstudienkonzept vorgelegt. Dieses Konzept soll auch eine sinnvoll aufeinander abgestimmte Funktionsdifferenzierung der vorhandenen Fernstudieneinrichtungen in Deutschland ermöglichen.

Dabei ist auch der fortlaufende Prozeß der europäischen Integration zu bedenken, denn in anderen westeuropäischen Ländern ist die Entwicklung von Fernstudienangeboten weiter vorangeschritten als in Deutschland. Ein zukunftsweisendes Konzept zur Neuordnung des Fernstudiums darf diese Entwicklungen nicht ignorieren.

Zur Vorbereitung dieser Stellungnahme hat der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit zahlreichen an Institutionen mit Fernstudienangeboten tätigen Hochschullehrern und Mitarbeitern Gespräche geführt hat. In dieser Arbeitsgruppe haben auch Wissenschaftler mitgewirkt, die nicht dem Wissenschaftsrat angehören. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat diese Empfehlung am 13.11.1992 verabschiedet.

## A. Zur gegenwärtigen Situation

### A.I. Anlaß und Gegenstand

Als Fernstudium bezeichnet man eine im angeleiteten Selbststudium durchgeführte wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung. Die Vermittlung des Lehrstoffes sowie die Sicherung und Überprüfung des Lernerfolges erfolgt weitgehend mit Hilfe räumlich weitreichender Medien, der Lernprozeß wird durch didaktisch entsprechend aufbereitetes Studienmaterial unterstützt. Den Lernenden soll damit eine zeitliche Flexibilisierung des Studiums und eine räumliche Unabhängigkeit ermöglicht werden.

Ziele des Fernstudiums können der Abschluß eines Studiengangs (grundständig oder weiterführend) oder die wissenschaftliche Weiterbildung sein (mit oder ohne Zertifikat). Im weiteren Sinne werden zum Fernstudium auch alternierende Studiengänge<sup>1)</sup> (Teil-Fernstudium) bzw. flexible Studienformen gerechnet, soweit sie sich in nennenswertem Umfang selbstinstruierender Lehrmaterialien bedienen. Teilzeitstudium (in Präsenzform) und Abendstudien fallen damit nicht in den Gegenstandsbereich dieser Empfehlung.<sup>2)</sup>

Allgemein wird dem Fernstudium die Aufgabe zugewiesen, den Zugang zur Hochschule für Bevölkerungsgruppen offenzuhalten, die aus beruflichen oder privaten Gründen ein Präsenzstudium nicht absolvieren können oder wollen. Das Fernstudium soll ferner berufstätigen Hochschulabsolventen eine berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung ermöglichen.

---

<sup>1)</sup> Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: Bildungsgesamtplan. Bonn 1973, Bd. 1, S. 52 ff.

<sup>2)</sup> Der Begriff "distance education" umfaßt in anderen europäischen Staaten auch Fernunterricht außerhalb des Hochschulbereichs. Die vorliegende Empfehlung beschränkt sich jedoch auf das (Hochschul-)Fernstudium.

## A.II. Bisherige Entwicklung des Fernstudiums

### II.1. Bundesrepublik Deutschland

Das Fernstudium fand in der Bundesrepublik erst gegen Ende der 60er Jahre stärkere Beachtung. Anfänglich wurden ihm große Erwartungen entgegengebracht. Der Wissenschaftsrat hat seinerzeit die Erprobung und den Einsatz dieser Studienform angeregt.<sup>1)</sup> Impulse für den geforderten Ausbau des Fernstudiums gaben eine wachsende Nachfrage nach Fort- und Weiterbildung, die Suche nach einem kostengünstigen Instrument zur Mobilisierung von Bildungs- und Begabungsreserven ("Öffnung der Hochschulen") und zur kapazitären Entlastung der Präsenzhochschulen.<sup>2)</sup>

Einen ersten Niederschlag fanden diese Impulse in der Gründung des Deutschen Instituts für Fernstudien (DIFF) in Tübingen im Jahre 1967 (siehe Kap. A.III.4). Eine wesentliche Aufgabe des DIFF sollte darin bestehen, die Präsenzhochschulen, die als Träger des Fernstudiums vorgesehen waren<sup>3)</sup>, bei der Entwicklung von Fernstudienangeboten zu unterstützen. Aufgaben des DIFF lagen ferner in der Lehrerfort- und -weiterbildung und in der allgemeinen wissenschaftlichen Weiterbildung (Funkkolleg).

---

<sup>1)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, Bd. 1, S. 80 - 82; Bd. 2, S. 243 - 278.

<sup>2)</sup> Vgl. Stellungnahme zur Aufnahme der Fernuniversität des Landes Nordrhein-Westfalen in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes, in: Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 1975. Köln 1976, S. 161 f.

<sup>3)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur ..., ebenda, Bd. 2, S. 269 ff.



Anfang der 70er Jahre begannen Wissenschaftler und Fachbereiche einzelner Hochschulen unter maßgeblicher konzeptioneller und finanzieller Förderung der Stiftung Volkswagenwerk mit der Entwicklung einzelner Fernstudieneinheiten. Im Jahre 1971 gründeten 37 Hochschulen eine "Hochschularbeitsgemeinschaft für ein Fernstudium im Medienverbund", die sich jedoch 1974 wieder auflöste.

Am 14. Februar 1974 schlossen Bund und Länder ein Verwaltungsabkommen über einen Modellversuch "Fernstudium im Medienverbund" (FIM). Der Erprobungsbereich wurde auf die jeweils ersten beiden Semester in den Fächern Biologie, Elektrotechnik, Mathematik und Psychologie festgelegt. An dem Versuch nahmen insgesamt rd. 5.000 Studierende aus 32 Fachbereichen an insgesamt 25 Hochschulen teil. Der FIM-Versuch stieß jedoch von Beginn an auf erhebliche Vorbehalte seitens der Hochschulen, die sich in der Konzeptionsphase nicht ausreichend beteiligt fühlten und eine Einschränkung ihrer Autonomie infolge der Übernahme andernorts erstellten Lehrmaterials oder gar einer hochschulgesetzlich erzwungenen Einführung des Fernstudiums fürchteten. Nicht zuletzt sahen sie im Fernstudium eine "staatlich besonders forcierte Alternative zur Kapazitätserweiterung der Hochschulen, die sie mit ihren eigenen Ausbau- und Engpaßproblemen alleine ließ".<sup>1)</sup> Die Vorbereitung des FIM-Versuchs dauerte bis 1978 an, die Durchführungsphase wurde auf lediglich zwei Durchläufe des Programms beschränkt. Im Jahr 1980 lief der FIM-Versuch aus, ohne daß das Lehrangebot an Hochschulen, von einigen isolierten Ansätzen abgesehen, in Richtung Fernstudium erweitert worden wäre.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen: Versuch für das Fernstudium im Medienverbund. Abschlußbericht und Stellungnahmen. Tübingen 1981, S. 27 f.

Zwischen 1974 und 1990 haben Bund und Länder gemeinsam neben dem FIM-Versuch 10 Modellversuche zum Fernstudium gefördert<sup>1)</sup>, von denen aber nur wenige in das reguläre Studienangebot übernommen wurden.

Mit der Gründung der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen (FUH) durch das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 1974 (s. Kap. A.III.1.) war inzwischen ein anderer Weg gewählt worden, um das Fernstudium als Äquivalent zum Präsenzstudium zu institutionalisieren. Die FUH, die der Bund mit Modellversuchen und Projektmitteln von Anfang an gefördert hat und weiterhin fördert, hat sich zum größten überregional tätigen Anbieter von Fernstudien entwickelt. Das fachliche Spektrum der FUH umfaßt jedoch auch nach dem Aufbau kulturwissenschaftlicher Fächer und der Einrichtung eines juristischen Studiengangs, der zusammen mit der Universität Düsseldorf betrieben wird, nur einen Teil der ursprünglich geplanten Fächer.

Eine wirtschaftswissenschaftliche Fachhochschulausbildung im Fernstudium wird seit 1980 von der privaten Hochschule für Berufstätige - staatlich anerkannte Fachhochschule der Akademikergesellschaft (AKAD) in Rendsburg angeboten (s. Kap. A.III.2.), die inzwischen in Lahr/Schwarzwald und Leipzig zwei weitere Fern-Fachhochschulen gegründet hat.

Da die Präsenzhochschulen nur wenige spezialisierte Fernstudiengänge und -kurse vorhalten (s. Kap. A.III.3.), ist das Gesamtangebot an Fernstudienmöglichkeiten in der alten Bundesrepublik unvollständig und im Vergleich mit anderen europäischen Ländern unterentwickelt.

---

<sup>1)</sup> Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Weiterbildung im Hochschulbereich. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, H. 24. Bonn 1990, Anhang.

## II.2. Deutsche Demokratische Republik

In der DDR reichten die Anfänge des Fernstudiums bis zum Beginn der 50er Jahre zurück. Das Studienangebot war - trotz einiger zeitweiliger Einschränkungen - vielfältig; mit Ausnahme von Medizin, Naturwissenschaften und Lehramtsstudiengängen für allgemeinbildende Schulen waren nahezu alle Studiengänge auch im Fernstudium verfügbar. Fast alle Hochschulen waren hieran beteiligt (siehe Kap. A.III.5.). Zentrale Serviceleistungen wie die Betreuung des Lehrbriefangebots wurden von der 1969 gegründeten Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF) in Dresden erbracht (siehe Kap. A.III.6.).

Zunächst hatte das Fernstudium vor allem die Aufgabe der Nachqualifizierung des von der SED-Führung in vielen Bereichen neu rekrutierten Leitungspersonals, das ohne Hochschulstudium in berufliche Positionen gelangt war, für die üblicherweise ein Hochschulabschluß vorausgesetzt wurde. Ausgewählte "Kader" wurden von ihren Betrieben zum Fernstudium entsandt. Der Hochschulabschluß ermöglichte ihnen die formale Absicherung der ausgeübten Funktion.

Ab Mitte der 60er Jahre wurden zunehmend jüngere Adressatengruppen erfaßt, so daß diese Studienform sich zu einem regulären Weg der Hochschulausbildung entwickelte. Das Fernstudium erhielt damit Funktionen eines "zweiten Bildungsweges", der auch Defizite der Arbeitskräftebedarfsplanung korrigieren konnte. Hierauf hatten die Betriebe mit dem Instrument der "Delegierung" und umfangreichen Freistellungsregelungen für die Fernstudenten direkten Einfluß. Damit war insbesondere die Möglichkeit gegeben, Defizite der restriktiven Hochschulzugangspolitik zu kompensieren und Berufstätigen mit Hochschulreife einen Weg zu einer berufsnahen Höherqualifikation zu eröffnen. Da die Zulassung zu einem Fernstudium nur im engen fachlichen Bezug zur

beruflichen Erstausbildung möglich war, kann von einem System der abschlussorientierten berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung mit reduzierten Präsenzanteilen gesprochen werden. Dagegen spielte bis zuletzt die Weiterbildung von Hochschulabsolventen als Aufgabe des Fernstudiums eine nachrangige Rolle.

In den letzten Jahren des Bestehens der DDR hatten sich auch Ansätze einer medial vermittelten allgemeinen wissenschaftlichen Weiterbildung in Gestalt der Fernseh-URANIA (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse) ausgebildet.

### II.3. Fernstudium in beiden deutschen Staaten im Vergleich

Unter systematischen Gesichtspunkten lassen sich die Unterschiede zwischen dem Fernstudium in der Bundesrepublik und in der DDR, die trotz einiger äußerlicher Gemeinsamkeiten beträchtlich waren, folgendermaßen zusammenfassen:

In der DDR hatte das Fernstudium eine spezifische Funktion für die gezielte Personalförderung der Betriebe und Verwaltungen. Der direkte Bezug zum ausgeübten Beruf spielte eine herausragende Rolle, während in der Bundesrepublik der Berufsbezug nur eine unter mehreren individuellen Orientierungen der Fernstudenten ist.

Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden hatte das Fernstudium in der DDR einen höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik (s. Übersicht 1). Dabei ist zu beachten, daß der Anteil aller Studienanfänger am Altersjahrgang in der DDR seit Anfang der 70er Jahre infolge von Zulassungsbeschränkungen bei rund 12 % festgeschrieben wurde, während dieser Anteil in der Bundesrepublik weiter stieg und inzwischen bei etwa 25 % liegt.

Übersicht 1: Fernstudenten insgesamt in 1.000 und in % aller Studierenden

	1970	1975	1980	1985	1988	1989
Fernstudenten in 1.000						
Bundesrepublik <sup>1)</sup>	-	0,8	13,1	17,2	26,8	30,2
DDR	36,3	25,2	14,8	11,8	14,8	
in % aller Studierenden						
Bundesrepublik <sup>2)</sup>	0,0	0,1	1,3	1,3	1,8	2,0
DDR	25,4	18,4	11,4	9,1	11,1	

<sup>1)</sup> Studierende an der Fernuniversität Hagen und der AKAD Hochschule für Berufstätige Rendsburg. Die im Fernstudium offerierten Weiterbildungskurse an Präsenzhochschulen sind hier nicht berücksichtigt.

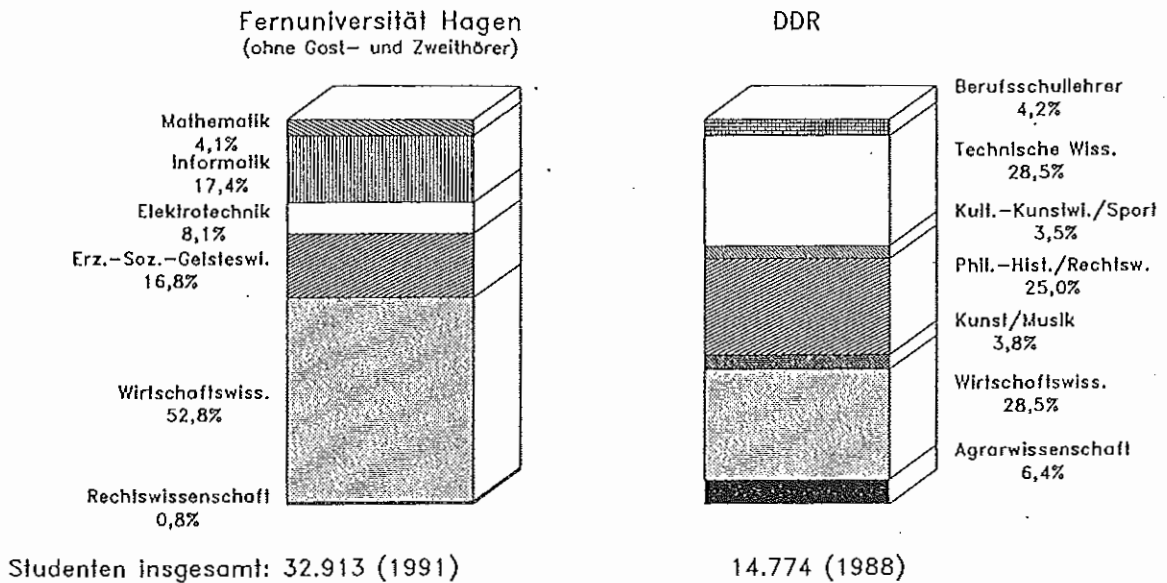
<sup>2)</sup> Einschließlich Fachhochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1: Studenten an Hochschulen. Statistische Jahrbücher der DDR 1971, 1976, 1981, 1986, 1989; Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1989.

Strukturelle Unterschiede bestanden insofern, als in der DDR die Durchführung des Fernstudiums in den Händen der Präsenzhochschulen lag und dort als wichtige Aufgabe akzeptiert, wahrgenommen und durch besondere Ressourcen unterstützt wurde. In der Bundesrepublik liegt ein Mischmodell vor, in dem neben einigen wenigen Präsenzhochschulen mit Weiterbildungskursen die Fernuniversität Hagen ein Angebot an grundständigen Studiengängen bereithält. Hinzu kommt die private Fernfachhochschule der AKAD mit betriebswirtschaftlichen Ausbildungsgängen.

Das fachliche Spektrum des grundständigen Fernstudienangebots war in der DDR wesentlich breiter als in der Bundesrepublik (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1  
Fernstudenten nach Fachbereichen (FUH)  
und Fachrichtungen (DDR) in Prozent



FUH: Ausgewählte Daten zur Struktur der Studierenden WS 1991/92; DDR: Statist. Jahrb. des Hochschulwesens der DDR 1989.

Die Fernstudienorganisation in der Bundesrepublik ist auf individuelle Entscheidung und Verantwortung ausgerichtet und setzt voraus, daß Fernstudenten selbständig in der Lage sind, Berufstätigkeit und Studium miteinander zu vereinbaren. Eine besondere soziale Absicherung ist nicht gegeben, soweit nicht Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in Anspruch genommen werden kann. Für erwerbstätige Fernstudenten ist eine solche Förderung ausgeschlossen, weil sie nicht ihre volle Arbeitskraft dem Studium widmen können. In der DDR waren hingegen das "Delegierungsprinzip" und die soziale Absicherung durch die Betriebe we-

sentliche Funktionsmerkmale des Fernstudiums. Diese Bedingungen beeinflussten den Studienerfolg, der im grundständigen Fernstudium der DDR bei etwa 50 % lag, an der Fernuniversität Hagen hingegen im Mittel deutlich niedriger liegt. (vgl. S. 22).

In der DDR wurden im Hochschul-Fernstudium als Medium ausschließlich gedruckte Materialien (Lehrbriefe) eingesetzt, die nur in geringem Maße fernstudiendidaktisch bearbeitet worden waren. In dieser Hinsicht bestehen Unterschiede zum schriftlichen Material, das für das Fernstudium in der Bundesrepublik entwickelt wurde. Hier gilt eine fernstudiendidaktische Aufarbeitung zumindest prinzipiell als wesentliches Kriterium für den Einsatz im Fernstudium. Darüber hinaus werden in der Bundesrepublik punktuell elektronische Speichermedien (Video- und Tonbandkassetten etc.) und Computer-Lernprogramme genutzt.

In Verbindung mit dem "Delegierungsprinzip" waren in der DDR umfangreiche Präsenzphasen möglich. Im Fernstudium der Bundesrepublik liegt dagegen der Anteil obligatorischer Präsenzphasen deutlich unterhalb dessen, was in der DDR üblich war.

Das Fernstudium in der DDR wurde öffentlich finanziert. Für Fernstudienmaterial und Betreuung wurde eine pauschale Gebühr in Höhe von M 120 pro Studienjahr erhoben. Die Finanzierung in der Bundesrepublik ist überwiegend öffentlich, teilweise aber auch privat. An der FUH betragen die Gebühren für Gasthörer pro Kurs und Jahr 180 DM, für einen Vollzeit-Studiengang pro Jahr 640 DM. An der AKAD betragen die Gebühren je nach gewähltem Studiengang zwischen 3.420 und 6.000 DM jährlich.

### A.III. Institutionen des Fernstudiums

#### III.1. Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen (FUH)

Die 1974 vom Land Nordrhein-Westfalen als Gesamthochschule gegründete Fernuniversität nahm 1975 den Studienbetrieb auf und hat sich zum größten Anbieter auf dem Fernstudienmarkt entwickelt. Die Studentenzahlen sind kontinuierlich gestiegen und die Quote der Studienbewerber, die nicht aus NRW stammen, ist von 43 % im Gründungsjahr auf inzwischen rund 70 % angewachsen.

Bei Gründung der Fernuniversität wurde als ein wichtiges Ziel genannt, in den vom Numerus clausus betroffenen Fächern zusätzliche Studienplätze zu schaffen und damit zur Kapazitätsentlastung der Präsenzhochschulen beizutragen. Außerdem sollte das Fernstudium einen Beitrag zur Studienreform (curriculare und didaktische Innovationen in Lehre und Studium) leisten und vor allem neue Formen des Erwachsenenstudiums begründen.<sup>1)</sup> Der Ausbau der Fachbereiche sollte die fachlichen Voraussetzungen schaffen, um "ein breites berufsorientiertes und adressatenspezifisches Kursangebot" für den "wichtigen Bereich der universitären Weiterbildung" aufzubauen.<sup>2)</sup>

Für das grundständige Studium unterscheiden sich die Zugangsvoraussetzungen nicht von denen an Präsenzhochschulen in Nordrhein-Westfalen. Die Studienberechtigung (Abitur, Fachhochschulreife) muß in Nordrhein-Westfalen anerkannt sein. Wie dies auch an Präsenzhochschulen des Landes mög-

---

<sup>1)</sup> Vgl. Die Fernuniversität. Das erste Jahr. Aufbau - Aufgaben - Ausblick. Bericht des Gründungsrektors. Hagen 1976, S. 47f., S. 160 - 175.

<sup>2)</sup> Ebd. S. 161.



lich ist, können Bewerber ohne Hochschulreife gemäß § 66 Abs. 2 WissHG eine Einstufungsprüfung beantragen. Voraussetzung hierfür sind eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens fünfjährige Tätigkeit in einem Beruf, der mit dem angestrebten Studium in einer inhaltlich engen Beziehung steht. Das Verfahren zur Hochschulzulassung über eine Einstufungsprüfung wurde an der FUH 1990 eingeführt. 1990 bewarben sich 323 Personen, von denen 141 (43,7 %) zur Einstufungsprüfung zugelassen wurden; 1991 betrug die Bewerberzahl 120, davon wurden 74 (61,7 %) zur Prüfung zugelassen. Erstmals wurden im WS 1991/92 10 Bewerber für ein ordentliches Studium (Vollzeit/Teilzeit) aufgrund einer Einstufungsprüfung zugelassen. Im Unterschied zu den "Offenen Universitäten" in den Niederlanden und Großbritannien spielt an der FUH die Öffnung für Berufstätige ohne Hochschulzugangsberechtigung bei den grundständigen Studiengängen bislang keine nennenswerte Rolle. Anders ist die Situation bei den Gasthörern, die aber keinen Hochschulabschluß erwerben können. Hier hatte ein Drittel keine formale Hochschulzugangsberechtigung.<sup>1)</sup>

Die FUH hat 1992 sechs Fachbereiche mit insgesamt 78 Professoren, 194 wissenschaftlichen und 109 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern. Hinzu kommen zentrale Einrichtungen mit 48 Stellen für Wissenschaftler und 86 Stellen für Nicht-Wissenschaftler.

---

<sup>1)</sup> Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen: Ausgewählte Daten zur Struktur der Studierenden. Wintersemester 1991/92.

Übersicht 2: Personal der Fernuniversität Hagen in den Fachbereichen

Fachbereich	Professoren	wissensch. Mitarbeiter	sonstige Mitarbeiter
Elektrotechnik	11	32,5	33
Erziehungs-, Sozial- u. Geisteswissenschaften	25	38	17,5
Mathematik	10	27,5	12
Informatik	12	39,5	19,5
Rechtswissenschaft	7	19	8,5
Wirtschaftswissenschaft	13	38	18,5
Insgesamt	78	194,5	109,0

Zentrale Einrichtungen an der FUH:

- Zentrum für Fernstudienentwicklung (besetzte Stellen: 22 wissenschaftliches und 9,5 nichtwissenschaftliches Personal), das besondere Kurse betreut (Brückenkurse, Kurse für Seh-Geschädigte), Satz- und medientechnische Serviceleistungen erbringt, Modellkurse und neue Lehr- und Lernmittel erprobt sowie Vorschläge zur organisatorisch-technischen Durchführung des Fernstudiums erarbeitet und Evaluationsforschung zum Fernstudium betreibt;
- Zentrales Institut für Fernstudienforschung (7 Stellen wissenschaftliches, 1,5 Stellen nichtwissenschaftliches Personal), dessen Aufgabenbereich Erhebungen und Dokumentationen zum Fernstudium umfaßt; das ZIFF befindet sich im Abbau, die Stellen sollen hochschulintern verlagert werden;
- Rechenzentrum (11 Stellen wissenschaftliches, 30,5 Stellen nichtwissenschaftliches Personal);
- Universitätsbibliothek (8 Stellen wissenschaftliches, 44 Stellen nichtwissenschaftliches Personal).

Einschließlich der zentralen Einrichtungen sieht der Stellenplan 76 unbefristete sowie 12 befristete Professuren bzw. Dozenturen vor; die Zahl der Stellen für wissenschaftlichen Mitarbeiter beträgt 228, die für nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter 414, darunter 218,5 in der zentralen Hochschulverwaltung, zu deren Aufgaben der Versand der Lehrbriefe gehört. Der Haushalt weist für das Jahr 1991

insgesamt 91,6 Millionen DM an Ausgaben aus. Darin sind 3,6 Millionen DM enthalten, die der FUH aus der Erhebung von Gebühren für den Bezug von Fernstudienmaterialien (insges. 11,4 Mio DM) verblieben. Von den Gesamtausgaben wurden 8,1 Millionen DM durch Drittmittel gedeckt, in denen 2,7 Millionen DM Bundesmittel (darunter 750.000 DM aus dem Hochschülerneuerungsprogramm) enthalten sind. Außerdem wurden 5,0 Millionen DM aus dem Hochschulsonderprogramm I gewährt.

In Wirtschaftswissenschaft, Mathematik, Informatik und Elektrotechnik werden integrierte Diplomstudiengänge nach dem Y-Modell der Gesamthochschulen des Landes (für Bewerber mit Hochschul- oder Fachhochschulreife) mit zwei Abschlüssen nach einer Regelstudienzeit von 6 bzw. 7 (Diplom I) oder 8 Semestern (Diplom II) angeboten. Daneben können Fachhochschulabsolventen einen Ergänzungsstudiengang Elektrotechnik belegen, der zu einem Universitätsabschluß führt. Für Ingenieure und Naturwissenschaftler mit Universitätsabschluß bietet der Fachbereich Wirtschaftswissenschaft ein Zusatzstudium an.<sup>1)</sup> Im Fachbereich Informatik können Mathematiker, Naturwissenschaftler und Ingenieure das Zusatzstudium Praktische Informatik absolvieren. Fachhochschulstudiengänge werden von der FUH nicht angeboten.

Im Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften werden Magisterabschlüsse in den Hauptfächern Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft (läuft aus), Neuere deutsche Literaturwissenschaft (seit WS 91/92), Geschichte (seit WS 91/92), Philosophie (seit WS 91/92), Politikwissenschaft (seit WS 92/93), Soziologie (seit WS 91/92) und soziale Verhaltenswissenschaften (seit 1992/93) mit jeweils 2 Nebenfächern für Bewerber mit Hochschulreife angeboten (zu Einstufungsprüfung für Bewerber ohne Hochschulreife vgl. S. 15).

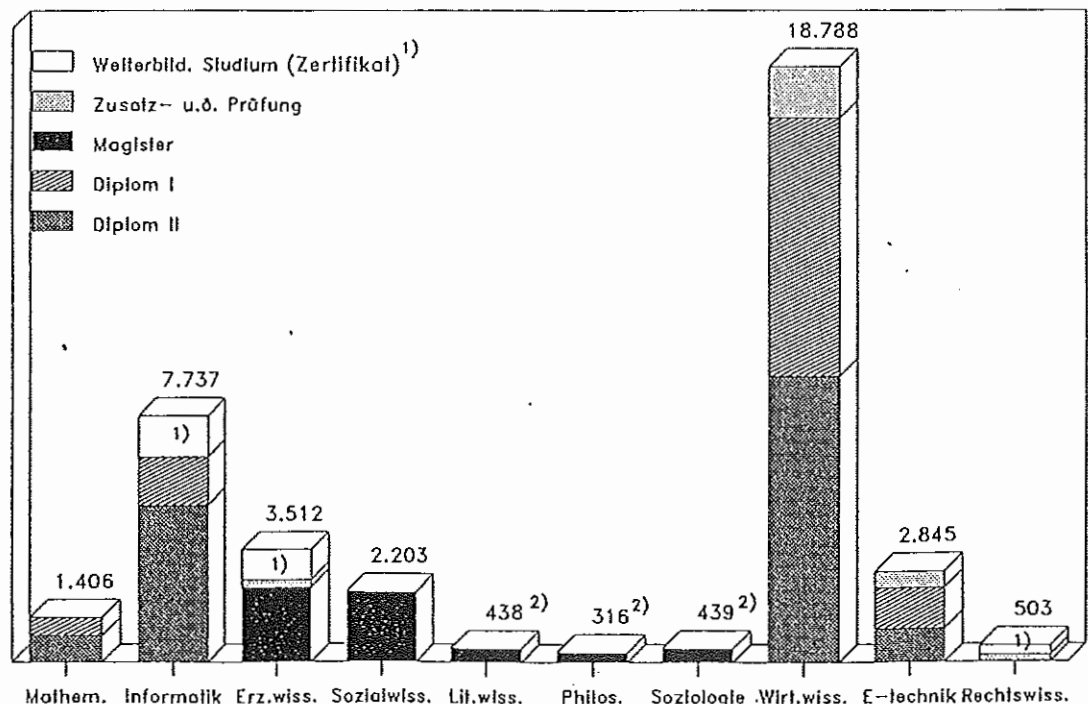
---

<sup>1)</sup> Abschlüsse zum Diplom-Wirtschaftschemiker, -mathematiker, -geophysiker, -geologen, -mineralogen, -physiker, -informatiker und -ingenieur.

In Sonderpädagogik wird ein Zusatzstudiengang mit dem Ziel der Ablegung einer Ergänzungsprüfung angeboten, der die Lehrberechtigung für Sonderschulen vermittelt. Aufgenommen werden zur Zeit nur Absolventen der Zweiten Staatsprüfung für Schulen in Nordrhein-Westfalen, die im aktiven Schuldienst des Landes sind. Bewerbungen erfolgen über das Kultusministerium. Mit der Zulassung erfolgt die Versetzung an eine Sonderschule. Während des dreijährigen berufsbegleitenden Teilzeit-Studiums werden die Lehrer für 10 Stunden pro Woche und für drei jeweils zweiwöchige Kompaktseminare vom Unterricht freigestellt. Die Studiengruppen mit jeweils 10 bis 15 Teilnehmern werden von fachlich ausgewiesenen Sonderschullehrern (Moderatoren) betreut, die ihrerseits vom Unterricht mit 9 Stunden befreit werden.

### Schaubild 2

Studierende an der Fernuniversität Hagen  
nach 1. Fach und Abschlußziel WS 1991/92



Quelle: Fernuniversität Hagen: Ausgewählte Daten zur Struktur der Studierenden, Wintersemester 1991/92.

- 1) Gasthörer, die ein spezifisches Weiterbildungsangebot wahrnehmen, das mit einem Zertifikat abgeschlossen werden kann.
- 2) Eingeführt im Wintersemester 1991/92.

In Kooperation mit der Deutschen Sporthochschule Köln bietet die Fernuniversität den Zusatzstudiengang Sportökonomie für Hochschulabsolventen im Fach Sport an. Mit Beginn des Wintersemesters 1992/93 wird zusammen mit der Universität Düsseldorf ein grundständiger Studiengang Rechtswissenschaft angeboten. In einer Kombination von Präsenz- und Fernstudium werden im ersten Semester Vorlesungen angeboten. In den mittleren Semestern dominiert das Fernstudium, während zum Studieneinde Präsenzveranstaltungen überwiegen. Zusammen mit der Universität Potsdam beginnt im WS 92/93 ein kooperatives berufsbegleitendes Aufbaustudium Sonderpädagogik für Lehrer. Ein ähnliches Studienmodell wird gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schule und Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert. Ferner werden in Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg Lehrer auf die Ergänzungsprüfung für das Fach Wirtschaftswissenschaften vorbereitet.

Die FUH vertritt die Auffassung, Fernstudium sei stets auch Weiterbildung. Entsprechend werden für Weiterbildungszwecke Materialien eingesetzt, die für das grundständige Studium entwickelt wurden, und zwar entweder als einzelne Kurse (Kursstudium) oder als thematisch zusammengestellte Sequenzen einzelner Kurse (Lernpakete). Bereits in der Gründungsphase der FUH war "die Öffnung der Fernuniversität für den Bereich der Weiterbildung durch Erarbeitung spezieller Fernstudienkurse" vorgesehen.<sup>1)</sup> Entsprechende Kurse stehen seit einigen Jahren zur Verfügung. Zur Zeit sind dies "Einführung in den Anwaltsberuf", "Einführung in das japanische Recht", "Verhaltenstherapie/Formen der Psychotherapie", "Praktische/Technische Informatik" und "Kulturmanagement/Kulturwissenschaftliche Weiterbildung".<sup>2)</sup> Für diese hauptsächlich von Gasthörern wahrgenommenen Angebote werden - für Einzelkurse

---

<sup>1)</sup> Die Fernuniversität. Das erste Jahr, ebd., S. 48.

<sup>2)</sup> Diese strukturierte Weiterbildung wird nach Angaben der FUH vom April 1992 z.Z. von rund 2.500 Hörern (= 7,6 % bezogen auf die Voll- und Teilzeitstudenten), darunter allein ca. 1.300 im Bereich Informatik und ca. 600 in Verhaltenstherapie, genutzt.

Obersicht 3a: Studienanfänger (1. Fachsemester), Studenten und Abschlußprüfungen an der Fernuniversität Hagen 1976 - 1990

Studienanfänger 1) (1. FS)	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mathematik	779	899	567	276	506	454	348	350	239	253	266	306	364	387	440
Informatik	-	8	433	393	843	937	717	932	1.366	1.602	1.765	1.849	2.366	2.197	1.933
Erz., Soz.- und Geistesw.	17	23	606	1.170	964	775	457	662	742	915	1.162	1.348	1.442	1.782	1.819
Rechtswissenschaft	-	-	-	130	152	161	124	67	1	-	-	-	51	71	87
Wirtschaftswissenschaften	2.089	2.384	2.431	1.557	2.603	2.315	1.940	2.373	2.342	2.875	3.520	3.805	4.635	4.788	5.586
Elektrotechnik	-	2	383	267	536	621	514	613	525	639	801	803	1.027	1.042	1.124
Studienanfänger insges.	2.885	3.316	4.420	3.793	5.604	5.263	4.100	4.997	5.215	6.284	7.514	8.111	9.885	10.267	10.989
Studenten 1)	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mathematik	838	1.369	1.224	911	1.277	1.274	1.018	1.023	939	914	944	1.007	1.095	1.192	1.245
Informatik	-	8	441	595	1.307	1.734	1.619	1.983	2.697	3.448	4.142	4.771	5.698	6.065	6.030
Erz., Soz.- und Geistesw.	18	34	654	1.542	2.215	2.289	1.872	1.983	1.929	2.086	2.518	3.017	3.546	4.270	4.635
Rechtswissenschaft	-	-	-	135	252	321	291	240	166	109	82	54	90	136	159
Wirtschaftswissenschaften	2.636	4.750	5.831	5.091	7.133	7.302	6.216	6.715	7.107	7.997	9.256	10.415	12.018	13.533	15.234
Elektrotechnik	-	2	393	416	866	1.118	1.051	1.251	1.322	1.505	1.721	1.829	2.197	2.335	2.586
Studenten insges.	3.492	6.163	8.543	8.690	13.050	14.038	12.067	13.195	14.160	16.059	18.663	21.093	24.644	27.531	29.889
Abschlußprüfungen	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
(1) Diplom- und Magisterprüfungen															
Mathematik	-	-	-	-	-	-	3	7	2	10	10	6	7	8	7
davon: Dipl. I	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	3	3	2	1	1
Dipl. II	-	-	-	-	-	-	3	7	1	8	7	3	5	7	6
Informatik	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	3	3	11	12	14
davon: Dipl. I	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dipl. II	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	3	3	11	12	14
Erz., Soz.- und Geistesw. Magister	-	-	-	-	-	-	-	1	2	5	8	11	10	28	29
Wirtschaftswissenschaft	-	-	-	5	30	46	75	94	81	97	98	108	110	126	145
davon: Dipl. I	-	-	-	2	9	13	27	39	31	40	33	54	50	57	69
Dipl. II	-	-	-	3	21	33	48	55	50	57	65	54	60	69	76
Elektrotechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	2	16	18	11	11
davon: Dipl. I	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	10	4	6
Dipl. II	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	2	6	8	7	5
Diplom- und Magisterprüfungen zusammen	-	-	-	5	30	46	78	102	87	115	121	144	156	185	206

noch: Übersicht 3a: Studienanfänger (1. Fachsemester), Studenten und Abschlußprüfungen an der Fernuniversität Hagen 1976 - 1990

	* 1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
(2) Lehramtsprüfungen Sekundarstufe II 2)	-	-	-	-	-	8	1	2	16	14	5	2	2	7	6
(3) Zusatzprüfungen															
LA Sonderpädagogik	-	-	-	-	-	-	-	7	121	177	119	6	6	2	101
Wirtschaftswissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	6	14	23	27
Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	7	10	10	7	5	11	11	10
Zusatzprüfungen zusammen	-	-	-	-	-	-	-	14	131	187	134	17	31	36	138
Abschlußprüfungen (1) bis (3) insgesamt	-	-	-	5	30	54	79	118	234	316	260	163	189	228	350

1) Nur Voll- und Teilzeitstudierende, d. h. ohne Gast- und Zweithörer.- 2) Studiengang läuft aus, seit WS 1984/85 keine Neueinschreibungen mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung. Ergänzende Angaben der Fernuniversität Hagen.

Übersicht 3b: Vordiplom-Prüfungen an der Fernuniversität Hagen 1985-1990 1)

	* 1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Mathematik										11	17	14	13	15	13
Informatik										27	33	29	40	46	60
Wirtschaftswissenschaft				nicht erhoben						198	227	244	211	271	316
Elektrotechnik										31	20	16	30	9	28
Vordiplomprüfungen insges.										267	297	303	294	341	417

1) Im Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften wurden im Studienjahr 1990/91 30 Magister-Zwischenprüfungen im Hauptfach Erziehungswissenschaften und 41 im Hauptfach Sozialwissenschaften abgelegt, ferner insgesamt 172 Zwischenprüfungen in einem Nebenfach. Die Magisterprüfungsordnung sieht 1 Hauptfach und 2 Nebenfächer vor.

Quelle: Angaben der Fernuniversität Hagen.

und Pakete erst seit 1992 - Weiterbildungszertifikate vergeben. Aus Sicht der Fernuniversität sind Zusatz- und Ergänzungsstudiengänge ebenfalls als Weiterbildung im engeren Sinne zu betrachten; ihr Anteil ist jedoch gering (s. Schaubild 2).

Die Studenten werden nach Hörerstatus in Vollzeitstudenten, Teilzeitstudenten (mit reduziertem Pensum), Zweithörer (an einer anderen Hochschule immatrikuliert) und Gasthörer eingeteilt. Im WS 1991/92 betrug die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitstudenten 32.913 (66,6 %), der Zweithörer 5.274 (10,7 %) und der Gasthörer 11.208 (22,7 % - s. Schaubild 3). 1990 zählte die FUH insgesamt 206 Diplom- (I oder II)<sup>1)</sup> und Magister-, 6 Lehramts- und 136 Zusatzprüfungen (darunter 101 für Lehramt Sonderpädagogik, s. Übersicht 3) sowie 693 Nebenfach- und sonstige Teilprüfungen. Im gleichen Zeitraum erfolgten 32 Promotionen und 2 Habilitationen.

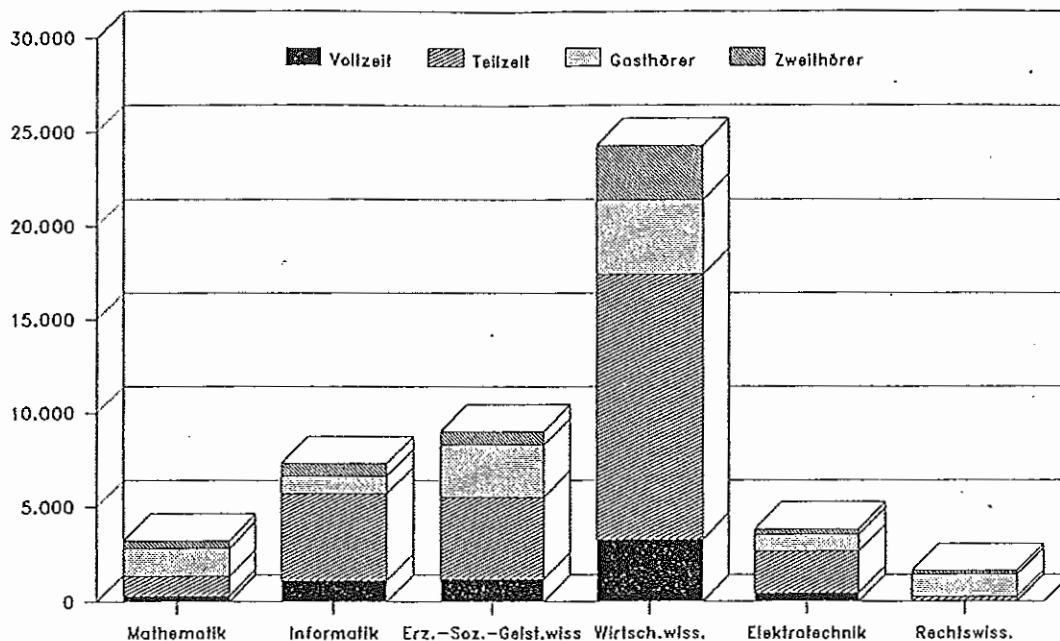
Ein übliches statistisches Maß für den Studienerfolg ist die Quote der Studienanfänger, die nach X Jahren erfolgreich eine Abschlußprüfung (Diplom, Magister, Staatsexamen) ablegen. Die FUH gibt an, daß die "Absolventenquote" im Mittel der Studiengänge unter 10 % liegt. Dabei bezieht die FUH die Absolventenzahl nur auf die "abschlußorientierten Studentinnen und Studenten (,die) zum Studienabschluß" geführt werden.<sup>2)</sup> Wesentlich höher, nämlich bei 81 %, liegt die Absolventenquote im Zusatzstudiengang Sonderpädagogik.<sup>3)</sup> Die besonderen Bedingungen

- 
- <sup>1)</sup> Studenten mit dem Diplom I können nach frühestens 2 Semestern das Diplom II erwerben. Nach Angaben der FUH nehmen 5 % der Diplom I-Absolventen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft diese Möglichkeit wahr. Die Zahl der Abschlußprüfungen ist somit höher als die der Absolventen.
- <sup>2)</sup> Fernuniversität Hagen: Strukturplan. Hagen 1991, S. 86. Als "abschlußorientiert" gelten an der FUH diejenigen Studierenden, die in einem regulären Studiengang (einschließlich Ergänzungs- und Zusatzstudium) eingeschrieben sind und erklärtermaßen einen Studienabschluß anstreben. Vgl. Jörn Bartels u.a.: Subjektive Studienziele. Fernuniversität Hagen, Zentrum für Fernstudienentwicklung, Januar 1988, S. 12 f. Dieser Untersuchung zufolge trifft dies lediglich für 45,5 % der Studierenden zu.
- <sup>3)</sup> Jürgen Münch: Die sonderpädagogischen Studienangebote an der Fernuniversität Hagen. Evaluation III. Fernuniversität Hagen 1992, S. 13 ff.



Schaubild 3

Studierende an der Fernuniversität Hagen  
nach Fachbereich/Hörerstatus WS 1991/92



Quelle: Fernuniversität Hagen: Ausgewählte Daten zur Struktur der Studierenden, Wintersemester 1991/92.

Übersicht 4: Bestandene Prüfungen Diplom I und Diplom II an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in ausgewählten Fächern 1990

Hochschulen in NRW	Diplom I (Kurzstudium)				Diplom II (Langstudium)			
	WiWi	Mathe	Inform.	E.-Technik	WiWi	Mathe	Inform.	E.-Technik
Gesamthochschulen insg.	209	7	20	53	621	68	72	58
dar. FUHagen	69	1	-	6	76	6	14	5
Universitäten	-	-	-	-	2.393	396	310	581
Insgesamt	209	7	20	53	3.090	464	382	639
Anteil FUH in %	24,8	14,3	-	10,2	2,5	1,3	3,7	0,8

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Statistik der Prüfungskandidaten 1990 - Sonderauswertung. Ergänzende Angaben der Fernuniversität Hagen.

dieses Studiengangs, die nicht mit denen der "normalen" Studiengänge an der FUH zu vergleichen sind (dreijähriges berufsbegleitendes Studium, teilweise Freistellung vom Unterricht, intensive Betreuung durch Moderatoren, Zusage der Beschäftigung im angestrebten Beruf) ermöglichen diesen hohen Studienerfolg.

Von den Studierenden der FUH üben fast 82 % (Stand 1986/87) eine berufliche Tätigkeit aus, davon über 71 % einen Vollzeitberuf; lediglich 17 % sind nicht erwerbstätig. Im Durchschnitt sind die Fernstudenten älter als die Studierenden an Präsenzhochschulen; so betrug der Anteil der über 32jährigen an der FUH gut 43 % (Wintersemester 1991/92), während diese Altersgruppe unter den Studierenden der Präsenzhochschulen weniger als 10 % ausmacht.

Von den im Wintersemester 1990/91 an der FUH eingeschriebenen 32.375 Studierenden (einschließlich Zweithörer, ohne Gasthörer) waren 9.458 Frauen (= 29,2 %). Der Unterschied zum Frauenanteil an Präsenzhochschulen, der im Durchschnitt bei 38,2 % lag, erklärt sich in erster Linie aus der Fächerstruktur der FUH, an der insbesondere Lehramtsstudiengänge fehlen. Übersicht 5 zeigt, daß sich der Frauenanteil der FUH nur wenig vom Frauenanteil desselben Studiengangs an Präsenzhochschulen unterscheidet.

Übersicht 5: Frauenanteil unter den Studierenden  
(1. Studienfach, WS 90/91)

ausgewählte Studiengänge	Fernuniversität	Hochschulen insgesamt
Mathematik	20,7 %	28,3 %
Informatik	18,7 %	14,8 %
Erziehungswissensch.	60,0 %	67,0 %
Sozialwissenschaft	50,9 %	43,2 %
Wirtschaftswissensch.	30,6 %	33,3 %
Elektrotechnik	6,4 %	3,3 %

Zur studienvorbereitenden, studienbegleitenden Beratung und Betreuung der Studierenden vor Ort sowie zur Versorgung mit Literatur stützt sich die Fernuniversität auf insgesamt 63 Studienzentren (Stichtag 1.4.1992). Davon sind 29 in Nordrhein-Westfalen angesiedelt; 3 Studienzentren befinden sich in Österreich, je eines in Ungarn und in der Schweiz. Es bestehen Pläne zur Eröffnung weiterer Fernstudienzentren, insbesondere in Osteuropa. Von den weiteren Einrichtungen verteilen sich 24 auf die übrigen alten Länder mit Ausnahme von Schleswig-Holstein. Seit 1991 bestehen auch in den neuen Ländern Studienzentren. (vgl. Kapitel A.IV). Lediglich in Nordrhein-Westfalen sind die Studienzentren Einrichtungen der FUH, in den übrigen Ländern sind sie in der Regel Einrichtungen der dortigen Hochschulen; in Einzelfällen arbeiten sie in unterschiedlichen Trägerschaften und Kooperationsbeziehungen zur FUH.

An den nordrhein-westfälischen Studienzentren, die alle mit Teilzeit-Verwaltungsmitarbeitern besetzt sind, arbeiten abhängig von der Zahl der Studierenden zwischen 5 und 20 nebenberuflich tätige Mentoren. Die meisten Studienzentren sind mindestens an 4 Tagen jeweils 4 Stunden (bis in den Abend) geöffnet. Die mentoriell geleiteten Arbeitsgruppen finden unabhängig von diesen Öffnungszeiten statt. Für die Auswahl der Mentoren ist die fachliche Kompetenz ausschlaggebend. Ein Hochschulabschluß und Lehrerfahrung werden vorausgesetzt. Die Mentoren sollen die Studenten fachlich betreuen und beraten. Ihre Vergütung beträgt zur Zeit 33 DM je Stunde.

Zur fachlichen Betreuung gehören nach den einschlägigen Richtlinien

- "a) Erläuterung des Studienstoffs und der Studienbriefinhalte,
- b) Abhaltung fachspezifischer Übungen,
- c) Betreuung der Studenten bei Blockveranstaltungen,
- d) Mitwirkung bei der Korrektur der eingesandten Tests und Aufgaben,
- e) Durchführung und Besprechung von Klausuren in den Studienzentren".

Zugleich ist festgelegt, daß die Mentoren nicht berechtigt sind, "selbständig, d.h. unter Entwicklung eines eigenen stofflichen, methodischen oder didaktischen Konzepts zu lehren".<sup>1)</sup>

Der Umfang verbindlich vorgeschriebener Präsenzphasen ist in den grundständigen Studiengängen der Fernuniversität unterschiedlich geregelt. So geht etwa die Diplomprüfungsordnung für Wirtschaftswissenschaften davon aus, daß die Zulassung zu einer Prüfung für das Diplom II die Teilnahme an mindestens zwei Präsenz-Seminaren voraussetzt. Im Magisterstudiengang werden hingegen sowohl für die Zulassung zur Zwischenprüfung als auch bei der Zulassung zur Magisterprüfung Leistungsnachweise gefordert, die als Klausurarbeiten, als Hausarbeiten oder als Referate im Rahmen von Präsenzveranstaltungen erbracht werden können. Die jeweilige Form wird vor Beginn eines Semesters von dem für die Lehrveranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt. Insofern liegt der zeitliche Umfang der Teilnahme des Studenten an Präsenzveranstaltungen nicht fest.

---

<sup>1)</sup> Richtlinien über die Beschäftigung und Vergütung der Mentoren, die in den Studienzentren der Fernuniversität tätig werden (Mentoren der Fernuniversität) - Erlaß des MWF des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6.9.1976.

Angesichts der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Studentenzahl fordert die Fernuniversität eine Verbesserung der Stellenausstattung und eine Erweiterung der Raumkapazität. Sie gibt ein Defizit von 280 Stellen und einen zusätzlichen Flächenbedarf von 38.000 m<sup>2</sup> zu der vorhandenen Hauptnutzfläche von knapp 22.000 m<sup>2</sup> an.

Die Einrichtung des gemeinsam mit der Universität Düsseldorf betriebenen Studiengangs Rechtswissenschaft erfüllt eine seit langem von der FUH vorgetragene Forderung nach Erweiterung des Studienangebots in einem besonders stark nachgefragten Fachgebiet, wobei die FUH den Ausbau ihres eigenen Fachbereichs Rechtswissenschaft präferierte. Für die längerfristige Entwicklung nennt die FUH den Ausbau der Ingenieurwissenschaften um die Studiengänge Verfahrenstechnik, Fertigungstechnik, Maschinenbau und Bauingenieurwesen sowie den Neuaufbau eines Fachbereichs Naturwissenschaften mit den Fächern Physik, Biologie und Ökologie. Für den Endausbau gibt die FUH eine Kapazität von 120.000 Studienplätzen an.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- Die Zahl der Abschlußprüfungen in grundständigen Studiengängen ist gemessen an den Anfängerzahlen gering.<sup>1)</sup> Auch nach Auffassung der FUH kann der Studienerfolg nicht befriedigen.<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Anders im Zusatzstudium Sonderpädagogik, s.o.

<sup>2)</sup> "Um international vergleichbar zu sein, muß ein vernünftig gestaltetes Fernstudiensystem etwa 30 % der abschlussorientierten Studentinnen und Studenten zum Studienabschluß führen. ... Im Verhältnis zur heutigen Erfolgsquote, die 10 % noch nicht erreicht, ist eine Steigerung auf das Dreifache intendiert." Fernuniversität Hagen: Strukturplan. Hagen 1991, S. 86.

In den ersten beiden Studienjahren brechen im Mittel aller Studiengänge zwischen 50 und 70 % der Studierenden das Studium ab. Als Gründe für die hohe Zahl der Studienabbrecher werden genannt<sup>1)</sup>

- \* die Studienfachwechsler (26 % der abschlußorientierten Studenten im Studienjahr 1987/88), Hörerstatuswechsler (12 %) und diejenigen, die an eine Präsenzhochschule wechseln (23 %)<sup>2)</sup>, wobei in der Statistik alle genannten Fälle als Studienabbrecher behandelt werden;
- \* unklar ist auch, wie im Hinblick auf die Bewertung des Studienabbruchs diejenigen Studenten einzustufen sind, die sich zwar einschreiben, das Studium aber im Grunde nicht aufnehmen, d.h. keine Aufgaben einsenden oder Leistungen nachfragen. In einer auf einen Kurs mit 1.900 Studenten bezogenen Untersuchung ergab sich ein Anteil dieser Gruppe von rund 34 %;
- \* das eingeschränkte Fächerspektrum, das Studienbewerber zu Kompromissen bei der Studienfachwahl zwingt und den Abbruch begünstigt;
- \* die lange Zeitspanne zwischen Erwerb der Studienberechtigung und Aufnahme eines Studiums, die auch im Präsenzstudium zu hohen Abbruchquoten führte, wobei gerade dieser Personenkreis in besonderem Maße die Fernuniversität frequentiert;
- \* die Unterschätzung der realen Belastung durch ein Studium parallel zur Berufstätigkeit.

---

<sup>1)</sup> Otto Peters: Anmerkungen zum Studienabbruch. (ZIFF-Papiere 73) Hagen, 1988, S. 8 ff.

<sup>2)</sup> Die Erfolgsquote erreicht 14 %, wenn die Wechsler an eine Präsenzhochschule aus der Quotenberechnung herausgelassen werden.

- Der herkömmliche Begriff des Studienerfolgs, der sich am Anteil der Absolventen bezogen auf die Studienanfänger bemißt, ist auf das Fernstudium nicht ohne weiteres übertragbar. Geeignete Kriterien, die den besonderen Bedingungen des Fernstudiums Rechnung tragen und andere Formen von Erfolg erfassen - zum Beispiel bei nichtabschlußorientierten "Bildungsstudenten" - sind jedoch noch nicht vorhanden.
  
- Das Interesse der Studenten konzentrierte sich in der Vergangenheit vor allem auf Wirtschaftswissenschaften (52,9 % der Studenten im WS 1990/91). Die Ausweitung des Angebotes an Hauptfächern für das Magisterstudium im Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften hat in den letzten Semestern zu einem starken Wachstum der Studentenzahlen geführt, so daß dieser Fachbereich im Wintersemester 1992/93 erstmals mehr Studenten zählte als der Fachbereich Informatik, der vorher der zweitstärkste war (s. Übersicht 3). Da bislang relativ wenige Examen an der FUH abgelegt werden, ist der diesbezügliche Entlastungseffekt für die Präsenzhochschulen gering. Dies gilt in ähnlicher Weise für den Anteil der Vordiplome. Nach anderen Kriterien (zum Beispiel Studentenzahlen insbesondere in Numerus-clausus-Fächern) dürfte der Entlastungseffekt günstiger einzuschätzen sein. Hier geht es freilich weniger um Entlastung im engeren Sinne als darum, das Hochschulsystem insgesamt mit Hilfe der Fernstudien dem vorhandenen Bildungsbedarf besser anzupassen.
  
- Es liegen nur wenige Informationen vor, inwieweit im Bildungswesen traditionell benachteiligte Gruppen das Fernstudium nutzen. Aufgrund von Angaben der FUH kann nicht von einer überproportional hohen Teilnahme aus hochschulfernen Regionen ausgegangen werden. Ein wesentlicher Grund hierfür ist in dem dichten regionalen Netz an Uni-

versitäten und Fachhochschulen zu sehen, das in den letzten 30 Jahren in der Bundesrepublik entstanden ist.

- Das Weiterbildungskonzept ist lediglich in Ansätzen an den spezifischen Bedürfnissen Berufstätiger orientiert. Da die Hochschule bislang die Auffassung vertritt, Fernstudium sei generell Weiterbildung, bietet sie erst eine kleine Zahl speziell für Weiterbildungszwecke entwickelte Lehreinheiten an. Als "Schwerpunkte der künftigen Entwicklung" plant die FUH verstärkt, "Studienangebote nach § 89 WissHG" (weiterbildendes Studium) einzuführen.<sup>1)</sup> Mitte 1991 wurde ein Zertifizierungssystem für einzelne Kurse beschlossen und inzwischen eingeführt.
  
- Die Kooperation mit anderen Hochschulen ist gering. Trotz mehrfacher Versuche gibt es bislang nur die gemeinsam getragenen Studiengänge Sportökonomie (zusammen mit der Sporthochschule Köln) und Rechtswissenschaft (zusammen mit der Universität Düsseldorf). Offenbar bestehen große Vorbehalte seitens der Präsenzhochschulen, aber auch Restriktionen seitens der FUH, die ihre Studienbriefe nur an Studenten abgibt, die auch in Hagen immatrikuliert sind. Dies erschwert eine breitere Nutzung des Fernstudienmaterials.

Die Entwicklung der Fernuniversität kann nicht losgelöst betrachtet werden von den Vorbehalten der deutschen Universitäten gegenüber dem Instrument Fernstudium, die u.a. im Scheitern des Programms "Fernstudium im Medienverbund" offen zutage getreten sind. Es ist daher verständlich, daß die FUH, obgleich sie als Gesamthochschule mit einem Reformanspruch gegenüber den bestehenden Universitäten gegründet wurde, in ihrer Entwicklung auf traditionelle universitäre Werte wie z.B. Forschungsorientierung, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Forschungsbezug der

---

<sup>1)</sup> Fernuniversität Hagen: Strukturplan, S. 64.



Studiengänge, Orientierung an den konventionellen wissenschaftlichen Studiengängen und Aufbau eines möglichst universitären Fächerspektrums setzte. Dieses Streben nach Anerkennung als Universität hat dazu geführt, daß die neugegründete Institution sich auch wie eine traditionelle Universität verhält. Dies wird erkennbar im Vorrang der grundständigen Studiengänge mit universitärem Abschluß, an der geringen Bedeutung berufsorientierter Kurz- und Aufbaustudiengänge sowie von spezifischen, auf berufliche Anforderungen gezielt ausgerichteten Weiterbildungsangeboten für berufstätige Hochschulabsolventen und ebenso in der konventionellen zeitlichen "Taktung" des Studiums.

### III.2. Hochschule für Berufstätige - Staatlich anerkannte Fachhochschule der Akademikergesellschaft (AKAD), Rendsburg

Diese private Fernfachhochschule mit Sitz in Rendsburg (Schleswig-Holstein) wird von der AKAD getragen, die als Fernlehrinstitut über langjährige Erfahrungen mit berufsbegleitenden Kursen zur Erlangung des Abiturs, der Fachhochschulreife und vorwiegend kaufmännischen Berufsqualifikationen sowie Fremdsprachenlehrgängen verfügt. Die Hochschule erhielt 1980 die staatliche Anerkennung durch das Land Schleswig-Holstein. Seit September 1991 existiert eine zweite, vom Land Baden-Württemberg anerkannte Fern-Fachhochschule der AKAD in Lahr/Schwarzwald, seit Oktober 1992 eine dritte vom Freistaat Sachsen anerkannte Fern-Fachhochschule der AKAD in Leipzig.

Als Adressaten ihrer abschlussbezogenen Studienangebote sieht die AKAD Berufstätige in kaufmännischen, verwaltenden und Datenverarbeitungsberufen sowie Ingenieure, die wirtschaftswissenschaftliche Zusatzkenntnisse erwerben wollen. Angesprochen werden aber auch andere Berufstätige, die auf

einem bestimmten Fachgebiet Weiterbildungsangebote suchen. Alle Studiengänge sind nebenberuflich (Teilzeitstudium) zu belegen.

Der Zugang zu einem abschlussbezogenen Studium setzt neben der Fachhochschulreife<sup>1)</sup> eine fachnahe Berufsausbildung oder fundierte Erfahrungen in einschlägigen Berufsfeldern voraus. Die AKAD sieht in dem engen Berufspraxisbezug ihrer FH-Studiengänge und den erheblichen finanziellen Aufwendungen der Studierenden die wichtigsten Bedingungen für einen hohen Studienerfolg innerhalb einer angemessenen Zeit.

Das Lehrangebot der Hochschule der AKAD umfaßt

- ein grundständiges dreijähriges Fachhochschulstudium mit dem Abschluß Diplom-Betriebswirt (FH) mit der Möglichkeit einer in das Studium integrierten Prüfung zum Wirtschaftsassistenten vor der Industrie- und Handelskammer nach zwei Jahren,
- einen dreijährigen Direkt- und einen vierjährigen Stufenstudiengang mit dem Abschluß Diplom-Wirtschaftsinformatiker (FH); im Stufenstudiengang kann nach drei Semestern vor der Industrie- und Handelskammer eine Prüfung zum Fachkaufmann DV-Organisation, nach sechs Semestern zum geprüften Wirtschaftsinformatiker abgelegt werden,
- einen Studiengang für Ingenieure, der in einem zweijährigen Aufbaustudium zum Abschluß Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH) führt.

---

<sup>1)</sup> Entsprechend dem schleswig-holsteinischen Hochschulgesetz werden Bewerber ohne Hochschulreife zu einem viersemestrigen Probestudium zugelassen. Voraussetzung hierfür ist eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens fünfjährige Berufstätigkeit.

Alle Studiengänge werden mit verschiedenen Vertiefungsrichtungen oder Studiengangsoptionen angeboten. Eine besondere Variante ist das ausbildungsintegrierte Studium, das bereits während der Berufsausbildung aufgenommen werden kann und in dem der Lehrstoff der ersten beiden Semester auf zwei Jahre gestreckt wird. Es werden ebenfalls Hochschulzertifikate für den Abschluß von Teilfächern dieser Studiengänge vergeben, die in dem betreffenden Fach Kenntnisse auf Fachhochschulniveau bescheinigen.

Zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen unterhält die AKAD insgesamt 15 Seminarzentren, darunter je eines in Leipzig, in Berlin und in der Schweiz.

Als obligatorische Präsenzphasen werden ein einwöchiges Blockseminar und zwei bis drei Seminartage pro Semester im Grundstudium sowie jeweils ein 14tägiges Diplomandenseminar pro Semester im Hauptstudium veranschlagt. Im Grundstudium finden die Präsenzphasen in den Seminarzentren statt, im Hauptstudium in Rendsburg.

Im Jahre 1991 betrug die Gesamtzahl der Studierenden rund 3.750, darunter waren ca. 20 % Frauen.<sup>1)</sup> 1991 wurden erstmals über 200 Abschlußprüfungen abgelegt. Gemessen mit den üblichen Definitionen beträgt der statistisch gesicherte Studienerfolg etwa 40 %.<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Diese Angabe bezieht sich auf das Sommersemester 1991.  
<sup>2)</sup> Die AKAD gibt als "Absolventenquote" 60 %, für den Aufbaustudiengang Wirtschaftsingenieurwesen 80 % an. Unter "Absolventenquote" versteht die AKAD den Anteil derjenigen Studierenden, die bis zum vorgesehenen Studienende alle Materialien erhalten und die Gebühren entrichten, an der Zahl der Anfänger.

Übersicht 6: Studienanfänger (1. Fachsemester), Studenten und Abschlußprüfungen der Hochschule für Berufstätige der AKAD

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Studienanfänger	o.A.	o.A.	297	266	362	327	643	1.043	1.117	o.A.
Studenten	729	775	832	1.102	1.339	1.952	2.188	2.679	3.057	3.750
Abschlußprüfungen	o.A.	o.A.	32	56	67	101	74	94	118	210

Quelle: Statistisches Bundesamt. Ergänzende Angaben der AKAD.

Die Dozenten sind ausschließlich nebenberuflich für die AKAD tätig. Im Hauptberuf sind die Lehrenden vor allem Professoren staatlicher Fachhochschulen oder Beschäftigte von Wirtschaftsunternehmen, Industrie- und Handelskammern und Verbänden. Hauptamtliches Personal beschäftigt die AKAD lediglich im Verwaltungsbereich. Die Hochschule läßt das von ihr eingesetzte Studienmaterial (Lehrbriefe) von Autoren erstellen, die "im Idealfall" zugleich die für Lehraufgaben gewonnenen Dozenten sind.

Nach Auskunft der AKAD trägt sich die Hochschule ausschließlich durch Studiengebühren. Diese betragen durchschnittlich pro Monat zwischen DM 285 (ausbildungsintegriertes Studium) und DM 500 (Aufbaustudium Wirtschaftsinformatik). Für die übrigen Studiengänge werden monatliche Gebühren in Höhe von durchschnittlich DM 380 erhoben. Die Gebühren für die Diplomprüfung betragen DM 950. Aus Sicht der AKAD ist die Höhe der Gebühren ein wichtiger Filter, der den Zugang zur Hochschule reguliert und die Motivation der Studierenden und damit den Studienerfolg positiv beeinflusst.

### III.3. Fernstudium an Präsenzhochschulen in den alten Ländern

Nach dem Abschluß des Modellversuchs "Fernstudium im Medienverbund" im Jahre 1980 entstanden an einzelnen Hochschulen Zentrale Einrichtungen oder Arbeitseinheiten, die sich der Weiterentwicklung des Fernstudiums bzw. von flexiblen Studienangeboten für die wissenschaftliche Weiterbildung widmen. Beispielhaft sind folgende Fernstudienangebote zu nennen:

- das weiterbildende Fernstudium "Wasserwirtschaft" am Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität Hannover (60 Studienplätze pro Kurs) für Hochschulabsolventen, die in den Bereichen "Wasser und Umwelt" tätig sind,
- das weiterbildende Studium "Technischer Vertrieb" an der Freien Universität Berlin (40 Studienplätze pro Kurs) für Ingenieure in Vertrieb und Marketing,
- das auf der Basis eines Aufbaustudiums entwickelte Fernlehrrangebot "Internationales Marketing" der Export-Akademie Baden-Württemberg der FH Reutlingen zur Weiterbildung von Mitarbeitern mittelständischer Unternehmen.

Auch bei den übrigen Angeboten - insgesamt waren dies 1991 63 verschiedene Fernstudienkurse an 16 Präsenzhochschulen<sup>1)</sup> - handelt es sich in der Regel um weiterbildende

---

<sup>1)</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung/Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht: Fernunterricht - Fernstudium. Katalog der Fernlehrrangebote in der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zum beruflichen Fernunterricht, H. 17. Berlin 1991, S. 1108 - 1198. Vgl. auch die Übersicht in: Neue Erfahrungen mit flexiblen Lehrer-/Lernmodellen. Beiträge zur Studienreform. Materialien des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung, Bd. 135, Hannover 1990.

oder andere, gelegentlich auch um studienvorbereitende Kurse zum Beispiel für Wehr- und Ersatzdienstleistende.

Die Lehre wird von den beteiligten Wissenschaftlern meist nicht im Hauptamt erbracht, nur in Einzelfällen stehen den Fachbereichen eigene Stellen für Weiterbildungsaufgaben zur Verfügung.

Von den Zentralen Einrichtungen für Fernstudium an Präsenzhochschulen sind exemplarisch zu nennen<sup>1)</sup>:

- das Fernstudieninstitut der Technischen Fachhochschule Berlin (Weiterbildungsangebote in den Bereichen Arbeitssicherheit, Qualitätssicherung, EDV im Bauwesen u.a. für Ingenieure, Techniker, Meister),
- das Zentrum für Weiterbildung der Universität Bremen (Zertifikatsweiterbildung im Bereich Humanistische Psychologie),
- das Fernstudienzentrum der Universität Frankfurt (Zertifikatsweiterbildung aus dem Bereich Psychologie in Organisationen mit dem Schwerpunkt Auswahl, Beurteilung und Förderung von Mitarbeitern).

Einen Sonderfall stellen die in Niedersachsen als zentrale Einrichtungen von Präsenzhochschulen (Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg) bestehenden Fernstudienzentren dar. Sie verfügen zusammen über acht Außenstellen (Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Helmstedt, Salzgitter, Stade, Wolfsburg) und

---

<sup>1)</sup> Vgl. zum folgenden auch: Flexible Studienangebote und Fernstudien im Rahmen der deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Materialien des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung Hannover, Bd. 144. Hannover 1990, S. 38 - 40.

werden von der Zentralen Arbeitsstelle Fernstudium (ZAF) koordiniert, die ebenfalls an der Universität Hildesheim angesiedelt ist. Die Studienzentren sind jeweils mit einer Leitungsstelle, 2 bis 3 wissenschaftlichen Mitarbeitern und Verwaltungspersonal ausgestattet. Sie sind auch für die Außenstellen zuständig, die kein eigenes Personal haben. Die ZAF verfügt über eine Leitungsstelle, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter und eine Sekretärin.

Von den 10 hauptamtlichen und 95 nebenamtlichen Mentoren der niedersächsischen Studienzentren werden zur Zeit rd. 3.850 Fernstudenten - darunter aufgrund einer Vereinbarung etwa 3.700 der Fernuniversität Hagen - betreut. Der fachliche Schwerpunkt liegt in den Wirtschaftswissenschaften.

Neben den vertraglich geregelten Leistungen für die FUH entwickeln die niedersächsischen Studienzentren zusätzliche Angebote, die sich thematisch bisher auf Ökologie/Stadtsanierung (Kontaktstudium) und psychische Gesundheitsförderung (Weiterbildungskurse für Pflegepersonal) konzentriert haben, sowie studienvorbereitende Kurse, Praktika und Examenbegleitkurse für Studiengänge der Präsenzhochschulen. Dies geschieht überwiegend in Kooperation mit ihren Trägerhochschulen, z.T. aber auch mit den Universitäten Bremen und Hamburg. Als ein wichtiges Entwicklungsziel sehen die niedersächsischen Studienzentren die "Europäisierung" des Fernstudiums. Geplant ist die probeweise Einführung ausländischer Fernstudienangebote.

Die oben bezeichneten Fernstudienaktivitäten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Medium von den Präsenzhochschulen weder im Rahmen des regulären Studienangebots noch in nennenswertem Umfang für Weiterbildungsstudien eingesetzt wird. In erster Linie ist dies darauf zurückzuführen, daß es für die Fachbereiche üblicherweise keine

Anreize und Finanzierungsmöglichkeiten gibt, neben den üblichen Lehrverpflichtungen und Forschungsaufgaben Fernstudien zu entwickeln und einzusetzen. Die Möglichkeiten des Modellversuchs oder der Projektmittel, die der Bund zur Verfügung stellt, reichen hierfür nicht aus und haben zudem den entscheidenden Nachteil, daß sie ausschließlich für die Entwicklungs- und Erprobungsphase eingesetzt werden können. Es kann daher auch nicht verwundern, wenn Fernstudienelemente bislang kaum in grundständigen Studiengängen zum Einsatz kommen und die wissenschaftliche Weiterbildung überwiegend von privatwirtschaftlich arbeitenden Institutionen außerhalb der Hochschulen durchgeführt wird.

#### III.4. Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF), Tübingen

Das Deutsche Institut für Fernstudien (DIFF) an der Universität Tübingen wurde im Jahre 1967 gegründet. Nach einer Anschubfinanzierung durch die Stiftung Volkswagenwerk übernahmen die Länder 1972 die Finanzierung. Seit 1977 wird das DIFF im Rahmen der Bund-Länder-Förderung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen finanziert (Institut der Blauen Liste). Für das Jahr 1991 weist der Wirtschaftsplan des DIFF ein Volumen von 13,4 Millionen DM aus; rund 2,4 Millionen DM wurden durch eigene Einnahmen erwirtschaftet. Der Stellenplan enthält insgesamt 101,5 Stellen, davon 73,5 für wissenschaftliches und 28 für nichtwissenschaftliches Personal.

Das DIFF beteiligt sich nicht unmittelbar an der Durchführung des Fernstudiums und besitzt keine Prüfungs- und Zertifikatsrechte. Das ursprüngliche Konzept sah vor, das DIFF zu einem "Deutschen Fernstudienzentrum" auszubauen, das nutzerbezogene Fernstudiengänge entwickelt und entsprechende Materialien produziert, die in der Hochschulausbildung



und in der Weiterbildung eingesetzt werden sollten. Weitere Adressaten sollten die Institutionen der Lehrerfort- und -weiterbildung sein.

In seiner Stellungnahme aus dem Jahre 1984 hat der Wissenschaftsrat diesen Anspruch in wichtigen Teilen als nicht eingelöst beurteilt. Von den Hochschulen wurden die Angebote des DIFF nur sehr begrenzt angenommen. Der Auftrag, die Hochschulen beim grundständigen Fernstudium und im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung zu unterstützen, stieß auch deswegen ins Leere, weil sich die Hochschullehrer aufgrund fehlender Anreize nicht in dem gewünschten Umfang beteiligten. Als weiteren Grund für das Scheitern dieser Konzeption hat der Wissenschaftsrat den Ausbau des Netzes der Präsenzhochschulen angeführt, durch den die regionale Versorgung mit Studienangeboten erheblich verbessert wurde.<sup>1)</sup>

Der Wissenschaftsrat hat daher 1984 empfohlen, die umfassende und fachlich breit gestreute Entwicklung von Fernstudienmaterialien, insbesondere zum Zweck der Entlastung der Hochschulen, einzuschränken und an deren Stelle die Entwicklung von exemplarischen Lehr-Lern-Konzepten für das Selbststudium in den Vordergrund zu rücken. Diese Modelle sollten künftig in die Lehrerfort- und -weiterbildung und in die allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung einfließen. Anstelle der Orientierung auf die grundständige Hochschulausbildung, die nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatte, sollte das DIFF künftig Weiterbildungsleistungen der Hochschulen unterstützen und zu diesem Zweck die

---

<sup>1)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, in: Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu erziehungswissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Hochschulen. Köln 1984, S. 17 - 43.

Kooperation mit den Hochschulen verbessern. Ferner sollte der Forschungsanteil vermehrt und durch institutsinterne Umorganisation abgesichert werden.

Als Konsequenz aus der Empfehlung leitete das DIFF Maßnahmen ein, die auf eine Stärkung des Forschungsanteils und eine Abkehr vom Primat der Lehrerfort- und -weiterbildung zugunsten eines umfassenderen Konzeptes der wissenschaftlichen Weiterbildung hinausliefen. Gemäß der Satzung von 1986 sollte das Institut Möglichkeiten und Grenzen des angeleiteten Selbststudiums für die wissenschaftliche Weiterbildung untersuchen und zu diesem Zweck Lehr-Lern-Modelle erforschen, entwickeln und erproben, die in ihrer inhaltlichen und medialen Konzeption prototypischen Charakter besitzen. Hauptziele der Forschungsarbeit waren nunmehr,

- verbesserte Methoden zu erarbeiten, um die vorhandenen Kapazitäten in der Weiterbildung effizienter einzusetzen und auf künftige Anforderungen auszurichten, und
- durch Verknüpfung von Grundlagenforschung und Anwendungsebene eine Optimierung der Lehr-Lern-Prozesse zu erzielen.

Diese Forschungen wurden nach Aussage des DIFF an keiner anderen Institution in der Bundesrepublik systematisch betrieben.

Zur organisatorischen Umsetzung dieser Aufgabenstellung bildete das DIFF die beiden Hauptbereiche Weiterbildung und Lern- und Medienforschung und ordnete diesen insgesamt sieben Arbeitsbereiche zu:

- Mathematik/Informatik,
- Naturwissenschaften,
- Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften,
- Erziehungswissenschaft/Erwachsenenbildung,
- Weiterbildung durch Telekommunikation,
- Lernforschung,
- Medienforschung.

Gleichzeitig versuchte das Institut, neue Inhaltsgebiete zu erschließen und neue Zielgruppen anzusprechen. Die im Jahre 1988 abgegebenen rund 380.000 Studienbriefe (darunter ca. 300.000 im Funkkolleg) verteilten sich zu 66 % auf unterschiedliche Gruppen wie Studenten, Dozenten, Naturwissenschaftler, Ärzte, Psychologen, Angehörige sozialer Berufe, Stadt- und Raumplaner usw., während 34 % an Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Studienseminare und schulinterne Arbeitsgruppen gingen.

1990 hat der Wissenschaftsrat erneut zum DIFF Stellung genommen<sup>1)</sup>. Die nach 1984 vorgenommenen Schwerpunktsetzungen (Analyse und Förderung von Lehr-Lernprozessen, Modellentwicklung und -erprobung, Einsatz neuer Medien, fächerübergreifender Wissenstransfer, konzeptionelle Arbeiten für eine praxis- und problemorientierte Weiterbildung) wurden anerkannt. Bemängelt wurde jedoch, daß der Übergang von einer inhaltlich breit gefächerten Entwicklung von Fernstudienmaterialien hin zu modellhaften Weiterbildungsprojekten nur in Teilbereichen verwirklicht worden sei. Empfohlen wurde eine Konzentration auf Lehr-Lern-Modelle für die Weiterbildung im Fernstudium und die Einschränkung der Materialerstellung für die Lehrerweiterbildung. In der

---

<sup>1)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, in: Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen, Köln 1990.

Empfehlung wurde die große Bedeutung der Projekte zur Lern- und Medienforschung hervorgehoben und empfohlen, diesen Schwerpunkt auszubauen. Ferner sollen die theoretisch fundierte Programmentwicklung, deren praktische Umsetzung und Evaluation mehr als bisher in einen systematischen Zusammenhang eingebettet werden.

Die Gesamtstellenzahl soll nach dieser Empfehlung von derzeit 100 auf etwa 75 reduziert und die Stelleneinsparung in den fachdidaktischen Arbeitsbereichen vorgenommen werden.

Nach der deutschen Vereinigung hat das DIFF Anfragen nach Unterstützung in der Lehrerweiterbildung in den neuen Ländern erhalten und dafür Materialien zur Verfügung gestellt; darüber hinaus laufen Arbeiten zur Adaption von Studienmaterialien und -konzepten an die Bedingungen der neuen Länder.<sup>1)</sup> Das DIFF weist darauf hin, daß die Befriedigung dieser akuten Nachfrage das Institut insofern in ein Dilemma bringe, als es damit in einen gewissen Gegensatz zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats gerate, den Umfang der Materialerstellung für die Lehrerweiterbildung einzuschränken.

### III.5. Fernstudium an Präsenzhochschulen der neuen Länder

An den Hochschulen der DDR wurden 1988 insgesamt rund 100 grundständige Fernstudiengänge von 31 der insgesamt 54 Hochschulen angeboten (siehe Übersicht 7; zur Entwicklung seit 1951 siehe Schaubild 4), ferner eine Vielzahl von Weiterbildungs- und postgradualen Studiengängen. Einzelne Hochschulen betreuten sehr große Kontingente - an 5 Hochschulen waren fast zwei Drittel aller Fernstudenten einge-

---

<sup>1)</sup> Nach Angaben des DIFF werden hierfür im laufenden Haushaltsjahr 730.000 DM, darunter Mittel für 5 Stellen, angesetzt.

schrieben -, andere hatten z.T. sehr geringe Zahlen (weniger als 10). Die fachlichen Schwerpunkte lagen in den technischen Disziplinen (29 %) und Wirtschaftswissenschaften (29 %) sowie den philosophisch-historischen und Rechtswissenschaften (25 %) (Schaubild 1).

Die Betreuung von Fernstudenten gehörte zu den Dienstaufgaben der Hochschullehrer und Assistenten. Es war ausreichende Lehrkapazität für das Fernstudium vorhanden, die aufgrund fester Aufgabenzuweisung auch für diesen Zweck genutzt wurde. Modellrechnungen kommen zu dem Ergebnis, daß 1988 Personalkapazitäten in einer Größenordnung von rund 1.100 Lehrpersonen (Vollzeitäquivalente) für das Fernstudium eingesetzt waren.<sup>1)</sup>

Die betriebliche Unterstützung der Fernstudenten umfaßte Freistellungen von jährlich 48 Arbeitstagen und 3 Monaten während der Diplomphase. Die Betriebe stellten innerbetriebliche Betreuer ab und verpflichteten sich zur Bereitstellung von apparativer Ausstattung und Betreuung der Praktikumsphase sowie - nach Abschluß des Studiums - zur Beschäftigung entsprechend der erworbenen Ausbildung.

Dem Fernstudium lagen zentral vorgegebene, verbindliche Studienpläne zugrunde, die lediglich im Hauptstudium einen gewissen Gestaltungsraum eröffneten, den die Hochschulen entsprechend ihrer jeweiligen fachlichen Schwerpunkte ausfüllen konnten. Im Grundstudium wurde weitgehend standardisiertes Lehrmaterial eingesetzt, im Hauptstudium fanden jedoch in größerem Umfang auch Lehrbriefe Verwendung, die an den einzelnen Hochschulen gesondert für die dort angebotenen Studiengänge erstellt wurden.

---

<sup>1)</sup> Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst: Personeller Einsatz für das Fernstudium an DDR-Hochschulen, unveröffentl. Manuskript (23.1.1992).

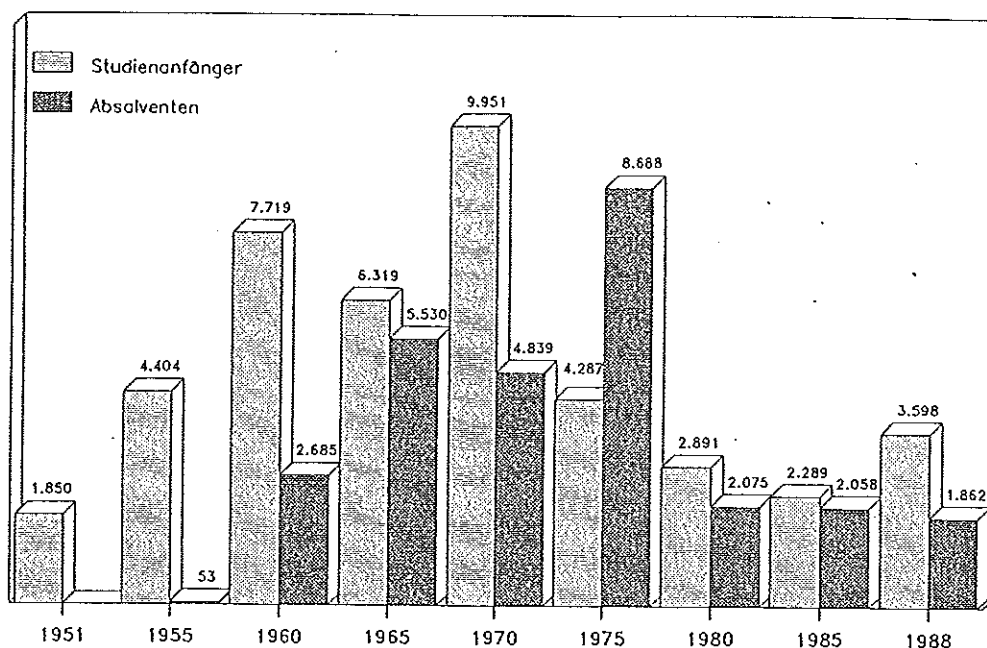
Übersicht 7: Fernstudenten an Universitäten und Hochschulen  
in der DDR 1988

Universitäten/ Hochschulen	Studenten		Studienanfäng.		Absolventen	
	Gesamt	davon weibl.	Gesamt	davon weibl.	Gesamt	davon weibl.
Humboldt-U Berlin	3.742	1.489	866	435	296	173
TU Dresden	1.620	254	658	110	331	35
U Leipzig	1.547	457	170	61	98	22
Akademie für Staats- u. Rechtsw. Potsdam	1.456	488	333	121	251	74
HfÖ Berlin	1.058	564	181	96	88	37
U Jena	664	247	47	24	22	6
U Rostock	658	270	75	47	68	29
U Halle-Wittenberg	617	301	133	74	74	29
TU Magdeburg	566	147	134	37	86	12
TU Chemnitz	489	128	95	34	65	11
HfV Dresden	430	122	188	48	91	11
HandelsHS Leipzig	269	156	181	117	72	47
DHfK Leipzig	245	40	58	10	35	7
Ing.HS Zwickau	238	81	68	19	25	10
HS f.Musik Berlin	202	61	45	12	48	18
HS f.Musik Dresden	159	49	43	15	22	12
HS f.Musik Weimar	129	35	42	12	28	7
TH Leuna-Merseburg	115	48	62	27	44	14
TH Leipzig	103	24	35	4	27	5
Sonstige <sup>1)</sup>	467	111	184	28	91	12
Gesamt	14.774	5.072	3.598	1.331	1.862	571
Anteil weiblich in %		34,3 %		37,0 %		30,7 %

<sup>1)</sup> Insgesamt 12 Hochschulen mit jeweils weniger als 100 Fernstudenten im Jahr 1988.

Quelle: Stat. Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1989, S. 35-39.

Schaubild 4  
Fernstudienanfänger und Absolventen  
des Fernstudiums in der DDR 1951-1988



Quellen: Stolltsches Jahrbuch der DDR  
1980, S.299; 1988, S.313; Stolltsches  
Jahrbuch d. Hochschulwesens d. DDR 1989.

Im Grundstudium wurden die Fernstudenten eines größeren Einzugsbereichs durch Konsultationszentren betreut, die zum Teil an Partner-Hochschulen angesiedelt waren und von diesen unterhalten wurden. Hier waren die im Grundstudium obligatorischen Präsenzveranstaltungen zu absolvieren, die Vorlesungen, Seminare und Übungen umfaßten. Die Partnerhochschulen stellten zu diesem Zweck auch Lehrpersonal ab. Die Mittelzuweisung für die Betreuung von Fernstudenten anderer Hochschulen erfolgte zentral durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Im Hauptstudium wurden die Fernstudenten direkt durch die jeweils zuständige Hochschule betreut, an der sie eingeschrieben waren.

Das Engagement vieler Hochschullehrer für das Fernstudium erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die Studierenden, insbesondere in den technischen Disziplinen, aufgrund ihres beruflichen Erfahrungshintergrundes als wichtiges Reservoir für die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und als Chance, die eigene wissenschaftliche Arbeit durch Praxisnähe zu befruchten, betrachtet wurden. Die inhaltliche Verzahnung von Beruf und Fernstudium war eine wichtige Bedingung für die Unterstützung durch die Betriebe. Aufgrund der damit gegebenen Weiterbildungsfunktion ergänzten sich die Interessen der Hochschulen mit denen der Betriebe.

### III.6. Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF), Dresden

Die ZHF Dresden wurde im Jahr 1969 als Dienstleistungseinrichtung gegründet. Ihre Aufgabe war es, für die Bereitstellung des Fernstudienmaterials zu sorgen und die Vertriebsorganisation aufrecht zu erhalten; Druck und Versand der Lehrbriefe selbst erfolgten durch die Zentralstelle für Lehr- und Organisationsmittel in Zwickau. Die ZHF trat somit in erster Linie als Herausgeber des Fernstudienmaterials in Erscheinung; hierzu gehörten die technisch-formale Gestaltung und Beratung bei der Erstellung der Lehrbriefe, zum Teil auch die inhaltliche Koordination und Durchführung von Autorenkonferenzen, sowie die vertragliche Abwicklung mit den Lehrbriefautoren. Das Lehrmaterial wurde von externen Autoren verfaßt und vorwiegend im Grundstudium eingesetzt, das an allen Hochschulen einheitlich war. Das von der ZHF betreute Studienmaterial umfaßte rund 4.000 Titel, überwiegend aus den technischen Studienrichtungen; die Gesamtzahl der vertriebenen Lehrbriefe betrug nach Angaben der ZHF jährlich ca. 700.000.



Die ZHF war auch in die Erarbeitung und Umsetzung der das Fernstudium betreffenden rechtlichen Regelungen des früheren Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR einbezogen sowie an der Ausarbeitung der zentralen Studienpläne beteiligt. Es war nicht Aufgabe der ZHF, Fernstudiengänge bzw. Pilotprojekte selbständig zu entwickeln oder Lernforschung zu betreiben; hierin liegt ein grundsätzlicher Unterschied zum DIFF Tübingen. Der ZHF oblag auch nicht eine spezifisch fernstudiendidaktische Bearbeitung des eingesetzten Materials, das in enger Anlehnung an die korrespondierenden Präsenzstudiengänge gestaltet war.

Die ZHF hatte 1990 64 Planstellen, die mit dem Rückgang der Aufgaben in der Folgezeit reduziert wurden. Angesichts der grundlegenden Umstrukturierung im Fernstudium hat das Land Sachsen entschieden, die ZHF zum 1. Oktober 1992 zu schließen.

#### A.IV. Veränderungen in den neuen Ländern seit 1989

Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Fortführung des Fernstudiums nach dem früheren DDR-Modell sind weitgehend entfallen. Es ist davon auszugehen, daß sich weitgehend die gleichen Bedingungen für das Fernstudium einstellen werden wie in den alten Ländern, und zwar

- hinsichtlich der Nachfrage wegen der Öffnung der Hochschulen und entfallender Reglementierungen beim Studienzugang,
- durch den Wegfall des "Delegierungsprinzips", d.h. der Freistellung und der Unterstützung der Fernstudenten durch die Betriebe, und der sicheren Karriereaussicht und

- durch die Verringerung der Personalstellen und der sich damit verändernden Betreuungssituation an den Hochschulen.

1990 waren noch ca. 8.000 - 10.000 Studierende in einem Fernstudium eingeschrieben, was einem Rückgang um ca. 40 % gegenüber den Vorjahren entspricht.<sup>1)</sup> Zahlreiche Fernstudiengänge wurden eingestellt, und einige Hochschulen, die ein großes Fernstudienkontingent betreut haben, werden nicht weitergeführt (z.B. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam, Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlschorst). Ende 1990 wurden noch 25 verschiedene Studiengänge als Fernstudium durchgeführt. Der Rückgang hat sich 1991/92 fortgesetzt, gleichzeitig gibt es ein wachsendes Interesse an regulären sowie an speziell für die neuen Länder entwickelten Studienangeboten der Fernuniversität Hagen. Die FUH hat mittlerweile (Herbst 1992) sechs Studienzentren an jeweils einer Universität der neuen Länder eingerichtet (HU Berlin, Uni Frankfurt/Oder, Uni Halle-Wittenberg mit evtl. Standort Magdeburg, Uni Jena mit Standort Erfurt, Uni Leipzig, Uni Rostock). Im Sommersemester 1992 wurden von diesen Studien-

---

<sup>1)</sup> Gemeinsame Einrichtung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für Aufgaben in Bildung und Wissenschaft - Bereich Hochschulen und Wissenschaft: Aktuelle Standpunkte und Empfehlungen zum Hochschul-Fernstudium in den neuen Bundesländern. Januar 1991.

zentren 1.600 Fernstudenten betreut.<sup>1)</sup> Die bisherigen Erfahrungen lassen eine besondere Nachfrage in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie in Teilen der Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften erkennen. Ergänzend zum regulären Studienangebot der FUH werden spezielle Weiterbildungsstudiengänge wie zum Beispiel "Das Recht der BRD für die Diplom-Juristen" und Wirtschaftswissenschaften für Absolventen der DDR-Hochschulen angeboten. Auch für die Lehrer werden Aufbau- und Weiterbildungsstudiengänge angeboten (vgl. Kap. III.1.).

Die Hochschulgesetze der neuen Länder sehen das Fernstudium als eine reguläre Studienform vor. Der Bund und die neuen Länder haben im Hochschulerneuerungsprogramm<sup>2)</sup> (HEP) speziell für das Fernstudium insgesamt 32 Millionen DM (1991 - 1996) zur Verfügung gestellt (HEP, Art. 5), von denen 50 % vom Bund im Wege der Projektförderung vergeben werden können. Der Bund hat aus diesen Mitteln im Jahre 1991 der Fernuniversität Hagen 750.000 DM für den Ersatz obsolet gewordener Fernstudienangebote gewährt und für die Entwicklung berufsbegleitender Fernstudien zum Erwerb des Fachhochschuldiploms für Fachschulabsolventen (Brückenkurse) 250.000 DM bereitgestellt. Zum Wintersemester 1992/93 liegen Studienpläne für Fernstudienbrückenkurse in acht ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen (Studiendauer 3 Semester) sowie in Betriebswirtschaft (4 Semester) vor.

---

<sup>1)</sup> Angaben der Fernuniversität Hagen an das BMBW vom 23. Juni 1992.

<sup>2)</sup> Bundesminister für Bildung und Wissenschaft:  
Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern. Bonn 1991.

Für die Fernstudienbrückenkurse wurde ein Organisationskonzept entwickelt, das davon ausgeht, daß an ausgewählten Fachhochschulen Studienzentren eingerichtet werden, die - mehr oder weniger zentral koordiniert - zusammenarbeiten und für die einzelnen Fachhochschulen die Durchführung von Präsenzveranstaltungen organisieren und Betreuungsaufgaben übernehmen sollen. Das Konzept ist auf sieben Jahre angelegt (5 Jahre Immatrikulation, 2 Jahre Auslaufphase für restliche Abschlußprüfungen) und geht davon aus, daß sich zwischen Sommersemester 1992 und Wintersemester 1998 rund 14.000 Fachschulingenieure und rund 10.000 Fachschulökonominnen für die Brückenkurse einschreiben werden.<sup>1)</sup>

#### A.V. Die internationale Dimension

In anderen Ländern hat das Fernstudium vielfach einen wesentlich höheren Stellenwert als in Deutschland. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, daß die entsprechenden Angebote nicht ausschließlich auf die wissenschaftliche, sondern häufig auf die allgemeine berufsqualifizierende Aus- und Weiterbildung gerichtet sind, die in Deutschland von Institutionen außerhalb des Hochschulsektors angeboten werden. Insofern können internationale Vergleiche zu unzutreffenden Aussagen über die quantitative Bedeutung des Fernstudiums führen.

Die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben sich für einen Ausbau des Fernstudiums ausgesprochen. Der Vertrag über die Europäische Union vom 1. Februar 1992

---

<sup>1)</sup> Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Fernstudienbrückenkurse in den neuen Ländern. Bonn 1992.

nennt als ein gemeinsames bildungspolitisches Ziel die "Förderung der Entwicklung der Fernlehre" (Artikel 126). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat in verschiedenen Stellungnahmen<sup>1)</sup> vor allem auf den zunehmenden Bedarf an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen hingewiesen und gründet ihre Überlegungen zum Ausbau der Fernlehr- und -studienangebote darauf, daß

- Kenntnisse und Fertigkeiten immer rascher veralten und den Berufstätigen angemessene Möglichkeiten berufsbegleitender Weiterbildung zur Verfügung stehen sollten; es sei zu befürchten, daß Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie technische Verbesserungen ohne begleitende Qualifizierungsmaßnahmen nicht zu den erwarteten Ergebnissen führen;
- aufgrund des zahlenmäßigen Rückgangs der nachrückenden Altersgruppen die berufsbegleitende Qualifizierung an Bedeutung gewinnen wird;
- die Chancen für benachteiligte und solche Gruppen verbessert werden müssen, die auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Integrationsproblemen konfrontiert sind.

In der Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zum Memorandum der Kommission<sup>2)</sup> wird betont, daß dem Fernunterricht und dem Fernstudium in Zukunft eine bedeutende

---

<sup>1)</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Memorandum "Offener Fernunterricht in der Europäischen Gemeinschaft". Brüssel, 12.11.1991. Vgl. auch Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Offenes Lernen und Fernunterricht auf Hochschulebene in der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel, 24.5.1991.

<sup>2)</sup> Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zum "Memorandum zum offenen Fernunterricht in der Europäischen Gemeinschaft". (Entwurf, Bonn 1992).

Rolle, insbesondere in der Weiterbildung, zukommen wird. Zugleich wird jedoch die Auffassung vertreten, daß in dem oben genannten Memorandum die Rolle von Fernunterricht und Fernstudium in der Aus- und Weiterbildung bei weitem überschätzt wurde und daß die diesbezüglichen Erwartungen der Kommission zu weit gesteckt seien. Deswegen sollten sich geplante Aktionsbereiche und Programme an realistischen Perspektiven orientieren und zugleich dem Gebot der Subsidiarität des Handelns der Gemeinschaft folgen.

Im Ausland haben sich unterschiedliche institutionelle Formen und Strukturen des Fernstudiums entwickelt. Einige Länder haben eigenständige Fernhochschulen gegründet (Großbritannien, Bundesrepublik, Niederlande, Spanien, Portugal, Kanada, Israel), in anderen Ländern bildeten sich Fernstudieneinrichtungen als zentrale oder besondere Einrichtungen an Präsenzhochschulen heraus (USA, Australien, Kanada). Eine spezielle Variante sind Campus-Hochschulen, die parallel Präsenz- und Fernstudium anbieten (Deakin-Universität in Australien, Universität Umea in Schweden). Schließlich finden sich institutionelle Formen der Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären, zum Teil privaten Organisationen (Italien, Norwegen, Dänemark), sowie dezentrale Modelle, in denen mehrere Präsenzhochschulen in einem - teils eng, teils kaum koordinierten - Fernlehrverbund zusammenwirken (Frankreich, Schweden). In einigen Ländern, in denen Fernstudium dezentral angeboten wird, ist die Gründung zentraler Fernuniversitäten im Gespräch (Frankreich, Finnland).

Auf europäischer Ebene haben sich die Fernhochschulen und andere Fernstudienanbieter unter dem Dach der 1987 gegründeten European Association of Distance Teaching Universities (EADTU) zusammengeschlossen. Der EADTU gehören zur Zeit 13 Mitgliedsinstitutionen an, die insgesamt 30 Fern-

studien-Einrichtungen aus 12 europäischen Staaten repräsentieren (von den EG-Staaten fehlen Luxemburg und Griechenland, als Nicht-EG-Staaten sind Schweden oder Norwegen vertreten). Für die Bundesrepublik sind die Fernuniversität Hagen und das DIFF in Tübingen Mitglieder der EADTU; da jeder Mitgliedstaat eine Stimme besitzt, nehmen die FUH und das DIFF das Stimmrecht abwechselnd wahr.

Die hauptsächlichen Tätigkeitsfelder der EADTU sind

- der Transfer von Fernstudienkursen und Regelungen zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen (europäisches Credit-point-System;
- die gemeinsame Entwicklung von Fernstudienangeboten, bisher vor allem in den Bereichen Business Administration, europäisches Recht, europäische Geschichte und Fremdsprachen;
- gemeinsame Nutzung von Medien und neuen Techniken im Bildungswesen und Austausch entsprechender Erfahrungen, wobei die Mitglieder der EADTU in 12 von 30 Einzelprogrammen der Europäischen Gemeinschaft einbezogen sind.

Entsprechend einem Vorschlag der EADTU hat sich die Kommission der EG in ihrem Memorandum vom November 1991 für einen europäischen Verbund der bestehenden Fernstudieneinrichtungen ausgesprochen.

Die europäischen Fernhochschulen unterscheiden sich hinsichtlich der Zulassungsbedingungen und der curricularen Strukturen (Inhalte, Studienaufbau, Zeiteinteilung). Die "Offenen Universitäten" (Großbritannien, Niederlande) praktizieren eine weitgehend von formalen Anforderungen freie

Studienezulassung. Die an der Open Universiteit der Niederlande angebotenen Kurse sind insofern multifunktional, als sie entweder frei kombiniert oder im Rahmen formalisierter Programme, die den Studiengängen anderer Hochschulen gleichwertig sind, verwendet werden können. Zugleich ist das Fernstudium in den Niederlanden nicht nach den üblichen Zeitsemestern, sondern nach Leistungssemestern eingeteilt.

Beim internationalen Vergleich des Fernstudiums muß berücksichtigt werden, daß die jeweilige Zahl der Abschlüsse nur bedingt aussagekräftig ist, da z.B. ein Bachelor-Abschluß in Großbritannien niedriger einzustufen ist als ein Diplom-Abschluß in der Bundesrepublik. Die im Vergleich zu den Diplom-Studiengängen der Fernuniversität Hagen höheren Absolventenquoten in den bachelor-Studiengängen zum Beispiel der britischen Open University (ähnliches gilt für andere Kurzstudiengänge) sind ein Hinweis darauf, daß ein Studiengang sich umso weniger für das Fernstudium eignet, je länger er dauert und je höher das angestrebte Abschlußniveau ist.

In allen europäischen Fernhochschulen wird überwiegend gedrucktes Material als Medium verwendet. Seit mehreren Jahren werden vereinzelt auch Computer-gestützte und Video-Lernprogramme entwickelt und in der Lehre eingesetzt. Lediglich in Großbritannien werden Funk und Fernsehen in größerem Umfang eingesetzt. Präsenzphasen gelten in den meisten Fernstudiensystemen als notwendiger Bestandteil des Studienprogramms. Sie umfassen im allgemeinen 10 bis 20 % des gesamten Zeitvolumens. In Großbritannien ist der Anteil an obligatorischen Präsenzphasen im Grundstudium besonders hoch, während in anderen Staaten die fakultativen Angebote überwiegen. Zur Unterstützung der Fernstudenten unterhalten



alle Fernhochschulen ein Netz dezentraler Einrichtungen, wobei diese in Teilbereichen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Zu diesen Aufgaben gehören unter anderem Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Materialverteilung, Immatrikulation, Organisation von Arbeitsgruppen, Unterstützung und Anregung zur Bildung von Selbststudiengruppen, Prüfungsorganisation und weitere Dienstleistungen.

Die Fernstudienanbieter in Europa sehen sich mit einer Reihe gemeinsamer Probleme konfrontiert, die sich aus ihrer Sicht im wesentlichen wie folgt umreißen lassen:

- Das Spektrum der im Fernstudium angebotenen Kurse und Programme ist begrenzt. Es kann und soll daher das Präsenzstudium nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Einschränkungen des Fernstudienangebots sind vor allem bedingt durch didaktische und technologische Grenzen der Lehrmittel sowie durch Kostenerwägungen; sie sind ferner abhängig von den jeweiligen Studienzielen bzw. angestrebten Abschlüssen. Faktisch konzentrieren sich die Angebote auf die Human- und Kulturwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie auf Management-Kurse. Nur gelegentlich finden sich Lehrangebote aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Studiengänge und Kurse, die in größerem Umfang Laborforschung erfordern, sowie medizinische Ausbildungsgänge werden im allgemeinen nicht angeboten.
- Fernstudium scheint nicht für alle Studenten gleichermaßen geeignet zu sein, da es besondere Anforderungen an die Motivation, Disziplin und Fähigkeit zu selbständigem Lernen stellt.

- Die Anerkennung des Fernstudiums durch Präsenzhochschulen und die Kooperation mit ihnen entwickeln sich sehr zögernd. Als wesentlich für gelungene Anerkennung gelten die Einbeziehung von Hochschullehrern in die Entwicklung, Erprobung und Begleitung von Fernstudienkursen, die Nutzung von Fernstudienmaterialien in der Präsenzlehre sowie der Umfang und die Qualität der Forschung an den Fernhochschulen.
  
- Als kritisch wird die geringe "Absolventenquote" eingeschätzt, die vielfach als zu niedrig angesehen wird. Da ein erheblicher Teil der Fernstudenten in einer sehr frühen Phase das Studium abbricht, sind einige Einrichtungen dazu übergegangen, vorläufige Einschreibungen vorzunehmen oder diejenigen Studenten nicht zu erfassen, die sich von Beginn an erkennbar nicht beteiligen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Zahl der Studienabbrecher vom Grad der Offenheit des Systems abhängt: Während die Selektion beim Präsenzstudium in der Regel beim Studienzugang erfolgt, findet sie im (offenen) Fernstudium in der ersten Studienphase statt. Hinzu kommt, daß offensichtlich eine größere Zahl von Fernstudenten im Verlauf des Studiums von ihrem ursprünglichen Ziel, einen regulären Abschluß zu erwerben, Abstand nimmt und sich mit weniger anspruchsvollen Studienzielen begnügt. Diese Umorientierungen unterliegen im allgemeinen keinen Restriktionen.
  
- Im Hinblick auf die Finanzierung des Fernstudiums ist umstritten, welches Verhältnis zwischen öffentlich bereitgestellten Mitteln (für die infrastrukturelle Grundausstattung sowie für die Entwicklung und Produktion von Kursen) und den von den Nutzern erhobenen Gebühren als angemessen anzusehen ist. Unklar ist ferner, ob und welche Unterschiede zu den Gebührensätzen, die für ein Präsenzstudium erhoben werden, vertretbar sind und wie grundständiges Studium und Weiterbildung unterschieden

werden können. Zwischen den einzelnen Staaten bestehen in dieser Hinsicht große Unterschiede: Während die Fernuniversität Hagen 1991 etwa 12,5 % ihres Budgets durch Gebühren für Studienbriefe refinanzierte, trägt sich die Open Universiteit der Niederlande zu 25 bis 30 % aus eigenen Einnahmen, die britische Open University zu über 40 % und das Nationale Fernstudien-Zentrum in Irland zu 65 %. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß in einigen Ländern generell Gebühren für das Hochschulstudium gezahlt werden müssen und sich das Studien- und Fächerangebot von Land zu Land unterscheidet. Außerdem hat die berufsbezogene Weiterbildung mit hohen Gebührensätzen (zum Beispiel master of business administration) im Fernstudium vielfach eine größere Bedeutung, als dies an der Fernuniversität Hagen der Fall ist. Dies hat naturgemäß Auswirkungen darauf, in welchem Umfang die jeweiligen Institutionen öffentlich oder privat finanziert werden.

Dieser Überblick zeigt die großen Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Fernstudiensystemen. Ihre quantitative Bedeutung wird wesentlich bestimmt (1) vom Zugang (offener Hochschulzugang oder Hochschulzugangsberechtigung), (2) von Zulassungsbeschränkungen der Präsenzhochschulen (3) vom breiten Angebot auch solcher Ausbildungsgänge, Aus- und Weiterbildungskurse, die in Deutschland von Institutionen außerhalb der Hochschulen vermittelt werden und (4) von den Finanzierungsregeln für das Hochschulstudium im allgemeinen und für das Fernstudium im besonderen.

#### A.VI. Übergreifende Aspekte

Es besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, daß das Fernstudium Bestandteil des Lehrangebots in einem differenzierten Hochschulsystem sein sollte. Tatsächlich jedoch hat das Fernstudium in der Bundesrepublik nicht den Entwicklungs-

stand und die Bedeutung erlangt, von denen die Hochschulgesetzgebung ausgeht<sup>1)</sup> und die bei der Einführung des Fernstudiums angestrebt wurden. Dabei wird unterschiedlich beurteilt, inwieweit dies auf den Ausbau und die Regionalisierung der Präsenzhochschulen, den hinter den Planungen zurückgebliebenen und vielfach als unzulänglich eingeschätzten Ausbau des Fernstudiums, auf inadäquate Finanzierungsformen, auf strukturbedingte Mängel des Fernstudiums oder dessen konkrete Ausgestaltung zurückzuführen ist. Dies gibt Anlaß zur Analyse des erreichten Entwicklungsstandes und zu einer Bewertung der dabei zutage tretenden wesentlichen Probleme.

#### VI.1. Zielgruppen des Fernstudiums

Der Anspruch, ein Studienangebot für Personen bereitzustellen, denen trotz formaler Berechtigung der Zugang zu einer Präsenzhochschule versperrt oder erschwert ist, ist für das Fernstudium konstitutiv. Die Zugangshindernisse können unterschiedlichste Gründe haben: der Wunsch oder die Notwendigkeit, Studium und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden, familiäre bzw. häusliche Verpflichtungen, körperliche Behinderung, oder sonstige Hemmnisse. Das Fernstudium ist daher an der Forderung zu messen, den unterschiedlichen Lebenslagen und Studieninteressen heterogener Adressatengruppen gerecht zu werden.

Das Fernstudium wird tatsächlich, wie vorgesehen, in erster Linie von Berufstätigen in Anspruch genommen. Andere Studenten, die Berufstätigkeit und Studium miteinander verbinden wollen, entscheiden sich für die bislang noch wenigen

---

<sup>1)</sup> Die Förderung des Fernstudiums sehen § 13 Hochschulrahmengesetz sowie, in unterschiedlicher Konkretisierung, die Hochschulgesetze der Länder vor.

Teilzeit-Studienangebote von Präsenzhochschulen<sup>1)</sup>. Inwiefern ein weiterer Ausbau derartiger Teilzeit-Studienangebote die Nachfrage nach Fernstudium tangiert, läßt sich derzeit nicht abschätzen.

Fernstudenten unterscheiden sich von Präsenzstudenten außerdem dadurch, daß sie meist älter sind. Dies kann als Indikator dafür gelten, daß das Fernstudium einen "zweiten Bildungsweg im Hochschulbereich" eröffnet hat und einen Interessentenkreis anspricht, der von den Präsenzhochschulen seltener erreicht wird. Fernstudienangebote in Deutschland haben jedoch kaum vermocht, bislang im Präsenzstudium unterrepräsentierte Bevölkerungsschichten in nennenswertem Umfang eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Allerdings sind Informationen über den beruflichen und sozialen Status der Eltern und der Fernstudenten selbst sehr spärlich. Der Anteil von Frauen ist nicht anders als im Präsenzstudium. Dies gilt in ähnlicher Weise für Studenten aus Regionen, die mit Hochschulangeboten unterversorgt sind. Insgesamt ergibt sich daraus, daß das Fernstudium in Deutschland für die "Mobilisierung von Bildungsreserven" keine zentrale Rolle spielt.

---

<sup>1)</sup> Hierzu zählt insbesondere das noch wenig verbreitete, Berufsintegrierende Studium (BIS) an einigen Fachhochschulen. Das Modell wurde von der FH Rheinland-Pfalz in Mainz für den Studiengang Betriebswirtschaft entwickelt und wird inzwischen von mehreren Fachhochschulen und auch für weitere Studiengänge (Informatik, Elektrotechnik) angeboten. Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 80 - 83. Die in Frankfurt gegründete private Bankfachhochschule, die Niederlassungen in weiteren Großstädten plant, bietet einen betriebswirtschaftlichen Studiengang nach dem BIS-Modell an.

Bisher gibt es nur wenige Fernstudienangebote von Fachhochschulen. Für solche Angebote besteht jedoch angesichts des an Fachhochschulen weit verbreiteten Numerus clausus, der kürzeren Studienzeiten und im Hinblick auf die Berufsorientierung des Fachhochschulstudiums ein ausreichendes Interesse. Ähnliches gilt für Aufbaustudiengänge für Absolventen von Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien. Ein erhebliches Nachfragepotential ist insbesondere für berufsbezogene Weiterbildungsstudien zu vermuten, die im Fernstudium oder kombiniert im Fern- und Präsenzstudium angeboten werden. Die Entwicklung eines differenzierten Angebots an Fachhochschul-Fernstudien würde daher der Forderung nach einem zielgruppenadäquat differenzierten Fernstudienangebot entsprechen.

In einem ausgebauten Fernstudienystem sind auch Studenten von Präsenzhochschulen zum erweiterten Adressatenkreis des Fernstudiums zu zählen. Voraussetzung hierfür ist, daß das Fernstudienmaterial ohne Beschränkungen erworben werden kann, so daß Präsenzhochschulen ihr Lehrangebot ergänzen und gegebenenfalls in Teilen als Fernstudium anbieten können.

## VI.2. Studienabschlüsse in grundständigen Studiengängen

Bei Einführung des Fernstudiums in Deutschland war das Ziel von großer Bedeutung, die überfüllten Präsenzhochschulen zu entlasten. Gemessen an der Zahl der Prüfungen hat das Fernstudium die Präsenzhochschulen jedoch kaum entlasten können. So kommt das Fernstudium z.B. in den Wirtschaftswissenschaften auf einen Anteil von 1,1 % in den Abschlußprüfungen (0,7 % FUH; 0,4 % AKAD - s. Übersicht 8). In der Informatik liegt der Anteil bei 0,4 % (nur FUH). Bei den

Vordiplomprüfungen sieht die Bilanz nicht anders aus (vgl. Übersicht 3b), eine nennenswerte Zahl von Studenten wechselt jedoch nach einigen Semestern Grundstudium an Präsenzhochschulen und trägt insofern zur Entlastung der Präsenzhochschulen bei.

Übersicht 8: Gesamtzahl aller erfolgreichen Abschlußprüfungen in Wirtschaftswissenschaften 1989

Wirtschaftswissenschaften	Universitätsdiplom		Diplom-Kurzstudium bzw. FH-Diplom		Abschlüsse insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hochschulen insgesamt	9.495	100	6.691	100	16.186	100
darunter:						
Fernuniversität Hagen	59	0,6	55	0,8	114	0,7
Fern FH Rendsburg	-	-	70	1,0	70	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gemessen an der üblichen "Absolventenquote" ist der Studienerfolg des Fernstudiums in den grundständigen Studiengängen gering. Nach den Erfahrungen in der DDR, der Fernfachhochschule der AKAD und dem mit großem Erfolg von der FUH angebotenen Aufbaustudiengang Sonderpädagogik erscheinen die nachfolgend genannten Bedingungen als wesentlich für den Studienerfolg im Fernstudium (ohne daß für die drei genannten Fälle alle Bedingungen gleichermaßen zutreffen):

- enger Bezug des Studiengangs zum ausgeübten Beruf;
- regelmäßige obligatorische Präsenzphasen, die von fachlich ausreichend qualifiziertem Personal begleitet werden;

- überschaubare Studiendauer, die bei Aufbaustudiengängen und FH-Studiengängen eher gegeben ist als bei universitären Studiengängen;
- individuelles Kostenrisiko der Studierenden;
- Möglichkeiten zur Bildung von Teilzielen;
- Unterstützung der Studenten (evtl. Freistellung) durch den Arbeitgeber;
- Absicherung der beruflichen Position und Perspektive eines beruflichen Aufstiegs bei Studienerfolg.

Der Stand der Untersuchung von Ursachen des Studienabbruchs und der Evaluation des Fernstudiums insgesamt ist allerdings nicht fortgeschritten genug, um eine im einzelnen zuverlässige Beurteilung zu ermöglichen<sup>1)</sup>. So mag eine der Ursachen in der Selbstüberschätzung der Studienbewerber liegen, die sich im Verlauf des Studiums realistischeren Zielen als dem Diplom- oder Magisterabschluß zuwenden.

---

<sup>1)</sup> Eine Ausnahme stellt die Evaluation des Zusatzstudiums Sonderpädagogik an der FUH dar. Darin wird der hohe Studienerfolg im wesentlichen auf organisatorische und didaktische Optimierungen zurückgeführt, wie Verkürzung der Studiendauer, höhere Unterrichtsbefreiung, verbindliche Arbeit in einer Studiengruppe bei mentorieller Begleitung. J. Münch: Die sonderpädagogischen Studienangebote ..., a.a.O.



### VI.3. Weiterbildung durch Fernstudium

Die Fernuniversität Hagen sieht sich auch als eine Weiterbildungshochschule<sup>1)</sup>. Sie verwendet diesen Begriff umfassend und bezieht darin auch grundständige Studiengänge und Teile davon ein. Dagegen spielen spezifische berufsorientierte Weiterbildungskurse o.ä., die gezielt auf Bedürfnisse einzelner Gruppen berufstätiger Hochschulabsolventen ausgerichtet sind, bislang im Studienangebot der FUH nur eine untergeordnete Rolle.

Das Engagement der deutschen Hochschulen in der wissenschaftlichen Weiterbildung ist insgesamt noch gering; es gibt bislang erst wenige auf konkrete Qualifikationserfordernisse und -interessen abgestimmte Weiterbildungsstudien sowohl in Präsenz- als auch in Fernstudienform. Die entsprechenden Prognosen<sup>2)</sup> gehen jedoch von einer wachsenden Nachfrage nach entsprechend konzipierten Ausbildungsleistungen der Hochschulen aus. Für Aufgaben der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung wird dem Fernstudium, wobei hierunter immer auch mit Präsenzphasen kombinierte Fernstudien verstanden werden, eine große Bedeutung beigemessen. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es erheblicher Anstrengungen sowohl der speziellen Fernstudieninstitutionen wie der FUH und dem DIFF als auch der Präsenzhochschulen. Die bislang geltende Hochschulfinanzierung erschwert jedoch die Entwicklung eines differen-

---

<sup>1)</sup> Otto Peters: Fernstudium und Weiterbildung In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1991, H.2, S. 385ff.

<sup>2)</sup> Vgl. das Memorandum der EG-Kommission zum offenen Fernunterricht und die in dieser Hinsicht zustimmende Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland.

zierten Weiterbildungsangebots, da es an Anreizen fehlt, daß sich Fachbereiche auf dem Gebiet der Weiterbildung engagieren und spezielle Studienangebote entwickeln und anbieten. Die Erfahrungen der (wenigen) Anbieter von Fernstudienkursen (vgl. Kap. A.III.3) unterstreichen die Notwendigkeit, hier zu Änderungen zu kommen und nicht nur für die Entwicklungsphase, sondern auch für die Durchführung von Fernstudien Mittel bereitzustellen.

#### VI.4. Flexibilisierung des Studiums und Studiendauer

Mit dem Fernstudium verbindet sich die Erwartung, daß der Verzicht auf feste Lernorte und -zeiten den Lernenden die Möglichkeit eröffnet, das Tempo des Lernprozesses und die Zeiteinteilung nach individuellen Möglichkeiten und Präferenzen zu gestalten. Die Forderung nach zeitlicher Flexibilisierung wird vom Fernstudium grundsätzlich erfüllt. Dabei ist jedoch zu beachten, daß eine zeitliche Flexibilisierung nicht bedeuten sollte, die Gesamtdauer des Studiums beliebig auszudehnen. Den Bemühungen um eine Stoffvermittlung auf der Höhe des jeweils aktuellen Erkenntnisstandes stünde eine unbegrenzte Ausdehnung der Studiendauer entgegen.

Im Unterschied zum geschlossenen Lehrgangsprinzip würde eine Modularisierung der Lehreinheiten und ein Credit-point-System den Studierenden eine individuelle Zusammenstellung ihres "Lern-Menüs" gestatten und damit zu einer curricularen Flexibilisierung beitragen. Credit-points würden auch die Anerkennung von Studienleistungen zwischen den Anbietern sowie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erleichtern. Da modulare Lehreinheiten so konzipiert sein müssen, daß sie sich unabhängig voneinander in unterschiedlichen Zusammenhängen verwenden lassen, ist mit ihrer Entwicklung eine detailliertere inhaltliche und konzeptionelle Abstimmung zwischen den beteiligten Hochschulen erforder-

lich. Für einen flexiblen Einsatz von Modulen in verschiedenen Studiengängen ist es wichtig, daß sie einen definierten Standort im Rahmen des jeweiligen Studiums besitzen. Besonders geeignet für die Modularisierung dürften deshalb fachübergreifend standardisierte Studienanteile wie z.B. Statistik sowie innerhalb der einzelnen Fächer die meisten Elemente des Grundstudiums sein.

#### VI.5. Verhältnis zwischen Präsenz- und Fernphasen

Der Anteil der Präsenzphasen im Fernstudium reicht von wenigen, lediglich unterstützenden, freiwilligen Präsenzveranstaltungen auf der einen und Formen des Korrespondenzstudiums, in denen Präsenzteile eine tragende Rolle spielen, auf der anderen Seite. Alle bisherigen Erfahrungen deuten darauf hin, daß der Umfang der Präsenzphasen den Studienerfolg positiv beeinflusst.

Präsenzveranstaltungen sind notwendig, weil auch in einem weitgehend auf mediale Vermittlung gestützten Bildungsgang

- Studierenden die Möglichkeit zu Rückfragen und klärenden Gesprächen gegeben sein muß,
- die Lehrenden Fehlinterpretationen und Mißverständnisse im Kontakt mit Lernenden erkennen und ausräumen müssen,
- Gespräche der Lernenden untereinander jedem einzelnen den Vergleich der erzielten Kenntnisse und Fertigkeiten gestatten und so eine auf eigenem Urteil basierende und damit überzeugende Selbstbeurteilung ermöglichen,
- die Studierenden in gewissen Abständen individuell zu motivieren und zu aktivieren sind,

- der Zugang zu wissenschaftlichen Bibliotheken (und evtl. Laboreinrichtungen) notwendige Voraussetzung für das Erlernen wissenschaftlicher Methoden ist.

Präsenzphasen sollen jedoch nicht vorwiegend eine evtl. unzureichende Aufbereitung des Lehrmaterials ausgleichen, indem etwa im Material fehlende Erläuterungen durch umfangreiche Fragestunden ersetzt werden. Sie sollten auf Komponenten der Ausbildung ausgerichtet sein, die sich für eine mediale Vermittlung weniger eignen. Sie sollen darüber hinaus den Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden ebenso fördern wie den der Lernenden untereinander. Präsenzphasen können sowohl durch die Hochschule, die den jeweiligen Fernstudiengang anbietet, wie auch durch entsprechend ausgestattete andere Hochschulen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen durchgeführt werden.

Bei grundständigen Universitätsstudiengängen sind obligatorische Präsenzphasen wegen des notwendigen Forschungsbezugs unentbehrlich. Studenten sollen nicht nur lernen, was sie für eine anschließende berufliche Tätigkeit brauchen und wie sie sich in neue Methoden und Techniken einarbeiten können; sie sollen auch zur Bewältigung später auftauchender Fragestellungen lernen, selbst neue Methoden und Techniken zu entwickeln. Anleitung hierzu bieten - je nach Fach - Seminare und gegebenenfalls experimentelle Laborveranstaltungen. Die notwendigen Voraussetzungen - wissenschaftliche Bibliotheken, Laboreinrichtungen - sind im allgemeinen nur an Hochschulen gegeben, an denen solche Studiengänge in Präsenzform angeboten werden.

## VI.6. Fernstudieneignung der Ausbildungsangebote

Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, daß die Eignung von Studienangeboten für ein Fernstudium von fachspezifischen und organisationsbedingten Faktoren, den Studienzielen und -zwecken sowie bestimmten Rahmenbedingungen abhängt. Dabei ist zwischen grundständigen Studiengängen und Weiterbildungsstudien zu unterscheiden. Während in der Weiterbildung (einschließlich Aufbaustudium) das Fernstudium aufgrund der Vorkenntnisse der Teilnehmer vielfach als eine grundsätzlich geeignete Vermittlungsform anzusehen ist, ergeben sich für die grundständigen Studiengänge Einschränkungen der Fernstudieneignung, die graduell variieren. Unter fachlichen Aspekten erscheinen zunächst vor allem solche Studiengänge geeignet, deren Inhalte sich weitgehend durch textliche und mediale Vermittlung erschließen. Hierzu zählen in erster Linie die Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die Rechts- und Verwaltungswissenschaften, weitgehend auch Fächer wie Mathematik und Informatik. Mit zunehmendem Umfang experimenteller Anteile und Anforderungen an die apparative Ausstattung in einem Studiengang steigt der erforderliche Ressourceneinsatz überproportional an und werden insbesondere zusätzliche Präsenzphasen erforderlich. Dies betrifft vor allem den größeren Teil der Ingenieurwissenschaften, die Naturwissenschaften allgemein sowie die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften. Als am wenigsten geeignet erscheinen die medizinischen Studiengänge. Es ist allerdings die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, Laborexperimente teilweise durch Computer-Simulation zu ersetzen oder zumindest Teile von im ganzen weniger geeigneten Studiengängen in Form eines Fernstudiums durchzuführen.

Die graduelle Abstufung der Fernstudieneignung nach Kriterien der inhaltlichen Ausrichtung eines Studienganges ist jedoch bei Berücksichtigung einer Reihe begünstigender bzw. einschränkender Variablen zu modifizieren. So ist davon auszugehen, daß es für die Eignung im Fernstudium spricht, wenn

- der betreffende Studiengang stark verschult bzw. ein hoher Anteil der Lehrinhalte kanonisiert und
- die im Hinblick auf das Berufsfeld zu erwerbenden Kenntnisse und Fertigkeiten klar umrissen sind.

Wesentlichen Einfluß auf die Eignung für das Fernstudium dürften nach den vorliegenden Erfahrungen ferner auch folgende Bedingungen haben:

- Die Studiendauer: Aufgrund der besonderen Lebens- und Lernbedingungen von Fernstudenten sind kürzere Studiengänge im Fernstudium eher geeignet als herkömmliche universitäre Diplom- und Magisterstudiengänge. Ein Vollzeit-Präsenzstudium, das normalerweise einschließlich Prüfungsphasen mindestens fünf Jahre dauert, erstreckt sich im Teilzeit-Fernstudium auf etwa zehn Jahre. Dies setzt - neben großer Zielstrebigkeit, Motivation und Disziplin - eine außerordentlich langfristige Lebensplanung und eine hohe Stabilität der beruflichen und privaten Lebenslage der Studierenden voraus.
- Die Studienziele, -zwecke und Vorkenntnisse: Ein Studiengang, der an berufliche Vorkenntnisse der Adressaten anknüpft und zu einer Aufstiegsqualifikation führt, erscheint für ein Fernstudium sowohl unter zeitökonomischen wie motivationalen Aspekten eher geeignet als eine weder mit den bisherigen Erfahrungen noch mit konkreten beruflichen Aspirationen verbundene Ausbildung. Gleichwohl ist

auch ein aus persönlichen Lerninteressen oder beruflichen Neuorientierungen motiviertes Fernstudium nicht generell auszuschließen.

- Die Rahmenbedingungen: Hierzu zählen die Betreuung durch Dozenten und Mentoren, der Umfang der Präsenzphasen, aber auch eine ausreichende Beratung und Verfügbarkeit von Ansprechpartnern vor und während der Ausbildung, sowie das Angebot an wissenschaftlichen Bibliotheken, Labors, usw.
- Die Kosten: Die Entwicklung eines Fernstudiengangs erfordert erhebliche Kosten. Unter dem Aspekt der Amortisation dieser Kosten eignen sich Studiengänge, die bei hohen Entwicklungskosten nur relativ wenige Studierende erreichen, naturgemäß weniger für das Fernstudium.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß sich in Deutschland das Interesse der Fernstudenten auf berufsqualifizierende Studiengänge konzentriert, bislang vor allem auf Wirtschaftswissenschaften und Informatik. Bei einem entsprechenden Angebot würden auch rechts- und verwaltungswissenschaftliche Studiengänge in größerem Umfang nachgefragt werden.

#### VI.7. Neue Medien

Die Vermittlung des Lehrstoffs durch apersonale Medien ist ein grundlegendes Merkmal des Fernstudiums. Neue Entwicklungen in der Medientechnologie sind daher für diese Studienform von besonderer Bedeutung. Festzustellen ist jedoch eine Diskrepanz zwischen den technischen Potentialen dieser Medien und ihrer tatsächlichen Verbreitung und Anwendung im Fernstudium. Bei den Einsatzmöglichkeiten neuer Medien im Fernstudium stehen vier Entwicklungen zur Diskussion:

- Die Nutzung des Computers als Lernmedium, mit dem durch Integration verschiedener Systeme wie Text, Ton, Graphik und optischen Speichermedien (CD-ROM, Digital Video Interactive) eine multimediale Lernumgebung erzeugt wird, würde den Benutzern erlauben, Informationen und Lernwege in interaktiver Weise zu erkunden, miteinander zu verknüpfen und selbständig zu erweitern. Die Vorteile lägen vor allem in der Anpassung an individuelle Voraussetzungen (Vorwissen, Lerntempo, u.ä.).
- Bei der Nutzung des Computers zur Unterstützung und Verbesserung kognitiver Strukturen wird davon ausgegangen, daß individuelle Denkprozesse und Wissensstrukturen durch computergestützte Vernetzungs- und Modellbildungsverfahren positiv beeinflusst werden (Aufbau "mentaler Modelle").
- Von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden verbesserte Rückmelde- und Interaktionsmöglichkeiten zwischen Lehrenden und Lernenden erwartet (z.B. durch Video-Konferenzen).
- Die Nutzung neuer Informationskanäle (Kabel, Satellit, ISDN) wird als kostengünstige Form der Distribution von Fernstudienangeboten betrachtet.

Diesen Systemen werden große Erwartungen entgegengebracht. Bislang finden jedoch elektronische und optische Medien im Fernstudium - sowohl in Deutschland wie im europäischen Ausland - nur punktuell Anwendung. Hierfür sind mehrere Gründe ausschlaggebend:

- Die derzeit verfügbare Software ist für anspruchsvolle Aufgaben ungeeignet und schöpft die Möglichkeiten für einen interaktiven Dialog nicht aus. Eine gewisse Ausnahme sind Lernprogramme, die den Computer und das Programmieren selbst zum Gegenstand haben.



- Die Kosten für die Entwicklung von Lehrprogrammen, die das technische und didaktische Potential ausschöpfen, sind sehr hoch, da sie teures Expertenwissen erfordern. Dies gilt gleichermaßen für die Anpassung der Software an spezifische Nutzerbedürfnisse und Verwendungskontexte.
- Angesichts erheblicher Entwicklungskosten und rascher technischer Veralterung der Hardware birgt die Entscheidung für eine bestimmte Systemkonfiguration erhebliche Investitionsrisiken.
- Interaktive Lehrprogramme setzen auch auf der Seite der Nutzer kostenintensive apparative Infrastrukturen und Gerätekonfigurationen voraus, die zur Zeit in der Regel nur von größeren Wirtschaftsunternehmen/Organisationen angeschafft und unterhalten werden können.
- Die Nutzung neuer Technologie garantiert noch keine effizienten Lehr-Lernsysteme. Inwieweit das technische Potential tatsächlich zum Tragen kommt, hängt von der didaktischen Konzeption (Instruktionsdesign) ab.

Aus den genannten Gründen haben die neuen Medien bislang das schriftliche Material im Fernstudium weder verdrängen können, noch ist dies in absehbarer Zukunft zu erwarten. Nach wie vor ist gedrucktes Material in den meisten Anwendungsbereichen das kostengünstigere, leichter handhabbare und von örtlichen und zeitlichen Bedingungen unabhängiger nutzbare Medium. Aus all dem folgt, daß die Anteile von schriftlichen und elektronischen Medien im Fernstudium sich in naher Zukunft vermutlich nicht grundlegend verändern werden. Vielmehr ist eine Entwicklung zu erwarten, in der sich verschiedene Medien unter organisatorischen, didaktischen und Kostengesichtspunkten sinnvoll abgestimmt ergänzen. Gleichwohl bleibt die Entwicklung und Erprobung neuer medialer Lehr-Lern-Konzepte eine wichtige Aufgabe.

## B. Allgemeine Empfehlungen

### B.I. Funktionen des Fernstudiums und künftige Nachfrage

Im Rahmen eines differenzierten Hochschulsystems kommt dem Fernstudium die Aufgabe zu, Berufstätigen ein Studium oder eine berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung zu ermöglichen. Unverkennbar hat das Fernstudium in der Bundesrepublik die ursprünglichen Erwartungen nur begrenzt erfüllt. Der Wissenschaftsrat sieht die wichtigsten Ursachen für die Mängel des bisherigen Fernstudien-Modells darin, daß

- die ursprünglichen Ziele und Erwartungen zu hoch gesteckt waren,
- die vorhandenen Angebote unvollständig und teilweise auch nicht bedarfsgerecht sind,
- in der Entwicklung des Fernstudiums einseitig auf universitäre Studiengänge gesetzt wurde und für die Entwicklung von Fachhochschulstudiengängen im Fernstudium kein Konzept vorhanden ist,
- an den Präsenzhochschulen Anreize für Innovationen im Curriculum und für ein Angebot an Fernstudien fehlen, weil die bisherige Hochschulfinanzierung die Entwicklung und Verbreitung von Fernstudien erschwert,
- für die überregionale Nutzung des Fernstudiums bislang keine überregionale Finanzierung gefunden wurde.

Für die künftige Nachfrage nach grundständigen Studiengängen im Fernstudium werden vor allem drei Entwicklungen von Bedeutung sein:

- a) Neben den traditionellen Typus des Studierenden, der ein Studium im Anschluß an die Schule aufnimmt, treten vermehrt Studieninteressenten, die schon berufliche Erfahrungen gesammelt und sich beruflich etabliert haben. Oft ist dieser Personenkreis bereits soziale und familiäre Bindungen eingegangen, die ein konventionelles Vollzeit-Präsenzstudium erschweren. Hier liegt ein wachsendes Nachfragepotential für Teilzeitstudiengänge an Präsenzhochschulen und für das Fernstudium.
- b) Die Nachfrage nach einem Hochschulstudium geht in einer Reihe von Studiengängen über die vorhandene Aufnahmekapazität der Präsenzhochschulen hinaus. Zulassungsbeschränkungen an Präsenzhochschulen vergrößern den Kreis der Interessenten für ein Fernstudium.
- c) Besonders für die neuen Länder ist zu erwarten, daß für eine Übergangszeit Lehrleistungen im Fernstudium für die auslaufenden Studiengänge, für die Nachqualifizierung berufstätiger Hochschulabsolventen in kaufmännischen, verwaltenden, rechtspflegerischen und pädagogischen Berufen (vereinigungsbedingter Weiterbildungsbedarf) und für die Qualifikation der großen Gruppe der Fachschulabsolventen, die einen Fachhochschul-Abschluß erlangen wollen, nachgefragt werden.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1990. Köln 1991, S. 8 - 28 (bes. S. 17 f.).

Eine zweite, künftig an Bedeutung zunehmende Aufgabe des Fernstudiums sieht der Wissenschaftsrat im Angebot an weiterführenden Studiengängen und Weiterbildungskursen, die zu keinem formalen Studienabschluß führen, sondern mit einem Zertifikat abgeschlossen werden.

Die künftige Nachfrage nach Fernstudienangeboten läßt sich im einzelnen nicht abschätzen. Die Orientierung an der in anderen europäischen Ländern unter anderen Bedingungen erreichten Teilnehmerzahlen hilft hier nicht weiter. Sie zeigt jedoch Entwicklungstendenzen für den Fall an, daß es gelingt, in Deutschland geeignetere Bedingungen für das Fernstudium zu schaffen. Der Wissenschaftsrat ist überzeugt, daß das Fernstudium angesichts einer steigenden Nachfrage nach berufsbegleitenden Teilzeit-Studienangeboten und Weiterbildungsstudien eine sinnvolle Ergänzung des Präsenzstudiums darstellt. Er hält es daher für notwendig, die Mängel in der Finanzierung und Organisation des Fernstudiums zu beseitigen und die Fachhochschulen stärker in das Fernstudium einzubeziehen, so daß das Fernstudium sich in den dafür geeigneten Fächern zu einem anerkannten Bestandteil eines differenzierten Hochschulangebots entwickeln kann.

## B.II. Angebote im Fernstudium

Das Fernstudium als Alternative zu einem im übrigen konventionellen Vollstudium wird auch in Zukunft nicht der Regelfall sein. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß künftig ein erheblicher Teil der Fernstudien-Ressourcen in der wissenschaftlichen Weiterbildung eingesetzt werden wird. Da die Hochschulen in der Weiterbildung mit einer Vielzahl anderer, zum Teil privater Anbieter konkurrieren, die über beachtliche Erfahrungen und Kompetenzen verfügen, sollten sie sich auf die hochschulspezifischen, d.h. wissenschaft-

lichen Weiterbildungsaufgaben konzentrieren. Weiterbildungsangebote müssen sich an der Nachfrage orientieren und in besonderem Maße die Anforderungen der Berufspraxis berücksichtigen. Daher empfiehlt es sich, entsprechende Programme in Kooperation mit externen Partnern aus der Praxis zu konzipieren und durchzuführen. Diese Kooperation ermöglicht eine Rückkoppelung der Ziele und Inhalte des weiterbildenden Studiums mit der Berufspraxis.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Fernstudieneignung sind insbesondere berufsbezogene Studienangebote, hierbei wiederum vor allem weiterbildende Studiengänge, in den Rechts- und Verwaltungs- sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu empfehlen, gegebenenfalls auch Magister- und Lehramtsstudiengänge mit geistes- und sozialwissenschaftlicher Ausrichtung. Grundständige Studiengänge aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften erfordern einen hohen und ressourcenintensiven Anteil an Präsenzphasen. Fernstudienangebote aus diesen Disziplinen sind daher nur dann möglich, wenn hierfür entsprechend Ressourcen bereitgestellt werden. Deswegen sind auf diesen Gebieten in erster Linie solche weiterbildenden Studiengänge zu empfehlen, die keine oder nur geringe experimentelle Anteile enthalten.

Als weitere Angebotsform für das Fernstudium kommen modularisierte Teilabschnitte von Studienangeboten in Frage, die von den Präsenzhochschulen in ihr Lehrprogramm aufgenommen und ggf. in einem Medienverbund vernetzt werden.

Von den Hochschulen sollten vermehrt studienvorbereitende Fernlehrrangebote entwickelt werden, die die Studienwahlentscheidung erleichtern und die fachlichen Orientierungsmöglichkeiten auch für diejenigen Studieninteressenten verbessern können, die ein Präsenzstudium anstreben.

Fernstudienangebote werden bereits heute und künftig vermehrt auch außerhalb der nationalen Grenzen nachgefragt. Im Hinblick auf die mit der europäischen Integration wachsende internationale Mobilität der Arbeitskräfte ist es sinnvoll, Fernstudienkurse in Kooperation mit ausländischen Partnern zu entwickeln und international anzubieten. Der Verbund der im Fernstudium aktiven Institutionen in Form der EADTU (vgl. Kap. A.V.), die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft unterstützt wird, ist für diese Kooperation hilfreich. Dagegen erscheinen neue Institutionen, wie zum Beispiel eine europäische Fernhochschule, entbehrlich<sup>1)</sup>. Der Wissenschaftsrat schlägt vor, daß die deutschen Interessen im Rahmen der EADTU durch den unten empfohlenen nationalen Fernstudienausschuß vertreten werden.

Im übrigen sollten sich deutsche Hochschulen mit Fernstudieninteressen aktiv an Programmen der Europäischen Gemeinschaft zur Erforschung, Entwicklung und Durchführung des Fernstudiums beteiligen.

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zum "Memorandum zum offenen Fernunterricht in der Europäischen Gemeinschaft". Bonn 1992.

### B.III. Fachhochschulen und Fernstudium

Ein besonderes Defizit besteht im Angebot an Fachhochschulstudien im Fernstudium. Aufgrund der Berufsorientierung und der kürzeren Studiendauer eignen sich Fachhochschulstudiengänge prinzipiell für das Fernstudium. Dies gilt insbesondere für wirtschafts-, verwaltungs-, rechts- und sozialwissenschaftliche Studiengänge, während experimentelle Fächer weniger geeignet sind (vgl. S. 67). Sinnvoll erscheinen auch Aufbaustudiengänge, wie zum Beispiel zum Wirtschaftsingenieur, Vertriebsingenieur oder für das Management von Sozialeinrichtungen.

Der Wissenschaftsrat hat die Gründung einer nationalen Fern-Fachhochschule erörtert. Er hält eine derartige zentrale Lösung sachlich nicht für notwendig und angesichts der bestehenden finanziellen und politischen Rahmenbedingungen in Deutschland auch nicht für realisierbar. Es ist jedoch nicht sinnvoll, eine rein dezentrale Lösung anzustreben, nach der jede einzelne Fachhochschule unabhängig von anderen Fernstudien anbietet. Dies wäre keine wirtschaftliche Lösung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher für größere Regionen, die die Grenzen der Länder überschreiten können, Verbände aus interessierten Fachhochschulen zu bilden, die gemeinsam Fern-Fachhochschul-Studiengänge entwickeln und anbieten. Diese Verbände müssen für größere Regionen tätig werden, damit sie ein genügend großes Nachfragepotential erschließen und auf ein breites Angebot an interessierten und kompetenten Fachhochschulprofessoren für die Entwicklung und Durchführung des Fernstudiums zurückgreifen können. Für regionale Verbände - und damit gegen nationale Lösungen - spricht ferner die Überlegung, daß die Fachhochschulen sich auch im Fernstudium an den Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes orientieren und die enge Verbindung zur Berufspraxis suchen sollen.

Organisationsmodelle für die hier vorgeschlagenen regionalen Verbände von Fachhochschulen, die gemeinsam eine "Fernfachhochschule" tragen, müssen in enger Abstimmung der interessierten Fachhochschulen und der beteiligten Länder entwickelt werden. Dabei sind unterschiedliche Organisationsformen denkbar. So wurde beispielsweise in den neuen Ländern ein Modell entwickelt, in denen ausgewählte Fachhochschulen für jeweils eine größere Region zentrale Fernstudienbrückenkurse für Absolventen von Fach- und Ingenieurschulen anbieten (vgl. Kap. A.IV). Dieses Verbundmodell könnte ausgeweitet werden und künftig auch andere Fachhochschul-Studienangebote umfassen. Nach diesem Modell, das als "Agenturmodell" bezeichnet werden kann, beauftragt das Land/beauftragen die kooperierenden Länder eine fachlich ausgewiesene und interessierte Präsenzfachhochschule mit der Entwicklung und der Durchführung von Fernstudieneinheiten für ein bestimmtes Fach. Die beauftragte Fachhochschule richtet ein "Redaktionsteam" ein, für das sie kompetente Professoren aus dem eigenen Haus und aus anderen Fachhochschulen des Landes/der kooperierenden Länder sowie fernstudienerefarene Fachdidaktiker (zum Beispiel aus dem DIFF) beruft. Das Fernstudium wird landesweit/länderübergreifend von dieser Fachhochschule angeboten. Die notwendigen Präsenzphasen einschließlich der Praktika finden jedoch nicht nur an dieser Fachhochschule statt, sondern entsprechend der Nachfrage auch an anderen Fachhochschulen, die damit die Aufgabe von Fernstudienzentren übernehmen. Die beauftragte Fachhochschule führt auch die Prüfungen durch und vergibt die Diplome und Zertifikate. Dieses Modell hat den Vorteil, daß auf eine bereits existierende Hochschule mit Selbstverwaltung, Administration sowie Studien- und Prüfungsordnungen zurückgegriffen werden kann.

Alternativ zu diesem "Agenturmodell" könnte auch ein "Konsortialmodell" erwogen werden, wobei das regionale Konsortium interessierte Fachhochschulen eine eigenständige Fern-



fachhochschule gründet. Diese eigenständige Fernfachhochschule benötigt jedoch nur für Aufgaben in der Leitung, Verwaltung und in der technischen Durchführung des Fernstudiums eigenes Personal, das von den Konsortialhochschulen zeitlich befristet abgeordnet werden könnte. Die Fernfachhochschule rekrutiert das notwendige Personal für die Entwicklung der Fernstudienkurse (Redaktionsteams), für Mentoren und Prüfungen vorzugsweise aus dem Kreis der Professoren und Mitarbeiter ihrer Konsortialhochschulen. Bei dieser Konsortiallösung ist die Fernfachhochschule für den Lehrbetrieb, die Durchführung der Prüfungen und die Vergabe der Diplome und Zertifikate zuständig. Die Fernfachhochschule richtet für die Präsenzphasen regional verteilt an ihren Konsortialhochschulen Studienzentren ein, die dafür eine Kostenerstattung erhalten.

Voraussetzung für die beiden hier als Alternativen skizzierten Organisationsmuster, die beide von einem Land oder von mehreren Ländern gemeinsam realisiert werden können, sind zusätzliche Ressourcen für Entwicklung und Durchführung von Fernstudien, die notwendig sind für Lehrdeputatsausgleich, Lehraufträge, Sachmittel, Kosten der Studienzentren, des Vertriebs der Fernstudienmaterialien etc. Auch wenn für weiterbildende Studienangebote Gebühren erhoben werden, wird es nicht möglich sein, das Fernstudium an Fachhochschulen ohne nennenswerte zusätzliche Mittel zu entwickeln. Die Erfahrungen zum Beispiel an der Fachhochschule Reutlingen (vgl. Kap. A.III.3.) machen deutlich, daß Projektmittel für die Entwicklung keinesfalls ausreichen und eine dauerhafte Finanzbasis vorhanden sein muß, wenn das Ziel "mehr Fernstudium an Fachhochschulen" erreicht werden soll.

Der Wissenschaftsrat hatte für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen eine "Offenheit für neue Formen intensiver Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in der Lehre" gefordert.<sup>1)</sup> Bei der Entwicklung von Fachhochschul-Fernstudien sollten enge Kooperationen mit Partnern der Berufspraxis gesucht werden.

#### B.IV. Zugang zum Fernstudium

Beim Zugang zum Fernstudium muß zwischen grundständigen Studiengängen, Aufbaustudiengängen und Weiterbildungskursen unterschieden werden. Zudem ist zwischen dem Zugang zu den Universitäten und dem Zugang zu den Fachhochschulen zu differenzieren.

Der Zugang zu einem grundständigen Studiengang an Präsenzhochschulen wird in der Regel von der Hochschulreife abhängig gemacht, auch wenn hier inzwischen länderspezifische Differenzierungen in Gang kommen. Bei diesen Überlegungen zur Erweiterung des Studienzugangs haben die Kriterien einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einer darauf folgenden längeren Berufserfahrung (mindestens 3 Jahre) eine große Bedeutung gewonnen. Da das Fernstudium in besonderer Weise Berufstätige anspricht und ansprechen soll, sollte die Zulassung unter bestimmten Bedingungen auch ohne formale Hochschulreife möglich sein.<sup>2)</sup> Voraussetzung sollte eine abgeschlossene Berufsausbildung, eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung und eine bestandene Aufnahmeprüfung sein, die von der Hochschule durchgeführt werden sollte.

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991, S. 83.

<sup>2)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, ebd., S. 83-85.

Für berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung im Fernstudium, die mit einem Zertifikat abgeschlossen wird, sollten - sofern dies nicht bereits geschieht - die oben genannten Grundsätze analog gelten.

Im Gegensatz dazu setzen Aufbau-, Zusatz- und Ergänzungsstudien definitionsgemäß einen ersten Hochschulabschluß voraus. Sofern diese Studiengänge als Fernstudium durchgeführt werden, sind daher die gleichen Zugangsvoraussetzungen zugrundezulegen wie für entsprechende Studiengänge in Präsenzform.

#### B.V. Studienorganisation und Präsenzphasen

Im Rahmen eines Studiums, das vor allem Berufstätige ansprechen soll, erscheint es grundsätzlich sinnvoll, soweit wie möglich den betrieblichen Tätigkeitsbereich der Studierenden, z.B. in die Praktika und bei der Themenwahl von Diplomarbeiten, einzubeziehen. Das setzt jedoch voraus, daß seitens der Betriebe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, welche die Bearbeitung einer hinreichend anspruchsvollen Fragestellung erlauben. Dazu gehört, daß die notwendige apparative Ausstattung vorhanden und nutzbar ist und eine inhaltliche Abstimmung zwischen den theoretischen und praktischen Anteilen stattfindet.

Um verschieden Fernstudienangebote kombinieren zu können und um diese zum Beispiel in Präsenzstudiengänge einzubauen, ist eine modulare Struktur der Fernstudienangebote anzustreben. Notwendig ist ferner die Anerkennung von Teilstudienleistungen zwischen den Hochschulen; zwar sind die

rechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen, in der praktischen Anwendung bestehen jedoch noch Probleme.<sup>1)</sup>

Im Studium soll der Student nicht nur lernen, was er in einer anschließenden berufspraktischen Tätigkeit braucht und wie er sich auf einer allgemeineren Wissensgrundlage mit neuen Arbeitstechniken und -methoden vertraut machen kann, sondern auch für neu auftauchende Problemstellungen neue Methoden und Techniken zu entwickeln. Auch wenn ein solches Studienziel immer nur in Ansätzen verwirklicht werden kann, setzt dies doch voraus, daß der Student an die eigenständige Erarbeitung von Problemlösungen herangeführt wird. Dies geschieht - je nach Fach - im allgemeinen in Seminaren und in experimentellen Laborveranstaltungen. Voraussetzung für derartige Studieninhalte ist die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Bibliotheken und Laboreinrichtungen, zu denen Fernstudenten an ihrem Wohnort im allgemeinen keinen Zugang haben. Für grundständige Fernstudiengänge sind daher ausreichende Präsenzveranstaltungen unabdingbar.

Als Mindestumfang sollte daher im Durchschnitt pro Semester bzw. Kurs eine mehrtägige Präsenzveranstaltung vorgesehen werden. Für Studiengänge mit experimentellen Anteilen werden darüber hinaus auch längere Praxisphasen (z.B. in Form von Blockseminaren) erforderlich sein.

---

<sup>1)</sup> Die Kultusministerkonferenz hat 1989 "Allgemeine Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen - Universitäten und gleichgestellte Hochschulen - beschlossen, die in § 7 Abs. 4, Satz 1 festlegen: "In staatlich anerkannten Fernstudien erworbene Leistungsnachweise werden, soweit sie gleichwertig sind, als Studien- oder Prüfungsleistungen sowie auf die Studienzeit angerechnet." Handbuch für die Kultusministerkonferenz. Bonn 1990, S. 266.

## B.VI. Lehr- und Lernforschung, Didaktik und neue Medien

Mehr noch als die Lehre an Präsenzhochschulen bedarf die Fernlehre einer didaktischen Strukturierung. Ein regelmäßiger Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden ist im Fernstudium nicht gegeben. Das Lehrmaterial muß sich weitgehend selbst erklären oder entsprechende Hilfen geben. Hinzu kommt, daß Fernstudenten durchschnittlich älter und in der Regel berufstätig sind und somit unter anderen Lebensumständen lernen als Präsenzstudenten. Diesen Umständen müssen Fernlehrangebote in didaktischer Hinsicht Rechnung tragen.

Der Engpaß für die Weiterentwicklung des Fernstudiums in Deutschland liegt nach Einschätzung des Wissenschaftsrates nicht in der fernstudiendidaktischen Forschung. Deswegen besteht zur Zeit auch keine Notwendigkeit, hierfür zusätzliche Kapazitäten aufzubauen. Über ein entsprechendes Know-how (einschließlich der lernpsychologischen Grundlagenforschung) verfügen das DIFF in Tübingen sowie die Fernuniversität in Hagen. Auch die Fachdidaktiker an den Präsenzhochschulen sowie die vorhandenen zentralen Einrichtungen für Weiterbildung sollten sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden.

Neben die schon "klassischen" neuen Medien (Tonträger, Fernsehen/Film, Video) treten in der Wissensvermittlung vermehrt auch Computeranwendungen. Große Erwartungen richten sich dabei auf die Entwicklung von dialogfähigen Systemen/Programmen. Bis jetzt allerdings sind die mit diesem neuen Medium verbundenen Möglichkeiten in der Breite weder entwickelt noch in ihrer Wirkung voll abschätzbar. Ein großer Teil der Teachware-Entwicklung befindet sich noch im Stadium von Pilot-Modellen. In der Praxis liegen auch auf europäischer Ebene noch wenige, zudem schwer einschätzbare Ergebnisse vor. So wird weitgehend davon ausgegangen, daß

zumindest für die absehbare Zukunft neue Medien als Hilfsmittel die Lehre zwar verbessern, nicht aber die Dozenten und das schriftliche Lehrmaterial ersetzen können.

Für die mittlere Zukunft ist keine in der Breite sich vollziehende Umwälzung des Fernstudiums durch interaktive Lehr-Lernsysteme zu erwarten. Die Entwicklungen auf diesem Gebiet sollten jedoch aufmerksam verfolgt und seitens der Bundesrepublik maßgeblich mitgestaltet werden. Dies gehört auch künftig zu den zentralen Aufgaben des DIFF. Wo immer möglich, sollten neue Medienkonzepte im Fernstudium erprobt und zur Anwendungsreife gebracht werden.

#### B.VII. Institutionelle Struktur eines Fernstudienverbunds

Der Wissenschaftsrat spricht sich für ein Verbundmodell aus zentralen Fernstudieninstitutionen und Präsenzhochschulen, die im Fernstudium aktiv werden, aus. Im Rahmen eines solchen Verbundmodells sollten zusammenarbeiten

- die Fernuniversität Hagen sowie ihre Studienzentren mit einem überregionalen Angebot vor allem an grundständigen Studiengängen und darüber hinaus an strukturierten Weiterbildungsangeboten;
- interessierte Fachhochschulen, die zusammen "Fernfachhochschulen" bilden. Für den Ausbau von Fernstudien an Fachhochschulen besteht ein besonderer Nachhol- und somit ein spezifischer Förderungsbedarf;
- Fachbereiche einzelner Präsenzhochschulen - Universitäten wie Fachhochschulen -, die parallel zum Präsenzstudium oder für einzelne Teile davon Fernstudieneinheiten entwickeln und anbieten. Es wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert, wenn die Hochschulen dieses Instrument

auch für eine gezielte Entlastung stark nachgefragter Studiengänge nutzen würden. Darüber hinaus könnten in Kooperation mit Unternehmen und Verbänden vor Ort weiterbildende Fernstudienangebote in der Region vorgehalten werden;

- Fernstudienzentren als zentrale Einrichtungen an einzelnen Hochschulen zur organisatorischen und administrativen Unterstützung der am Fernstudium beteiligten Fachbereiche (s. Kapitel VI.4.);
- das Deutsche Institut für Fernstudien in Tübingen, das den Fachbereichen an Präsenzhochschulen, insbesondere den Fachhochschulen, die ein Fernstudienangebot entwickeln wollen, fernstudiendidaktische Expertise anbietet und zur Verfügung stellt und weitere zentrale Aufgaben in einem Fernstudienverbund übernehmen sollte (s. Kap. C.III.);
- private Institutionen wie z.B. die Hochschule der AKAD.

#### VII.1. Fachkommission Fernstudium und Förderschwerpunkt Fernstudium

Das vorgeschlagene Verbundmodell entsteht nicht von selbst, vielmehr ist eine aktive Koordination, auch Anregung, Steuerung und Förderung der Aktivitäten von "potentiellen" Fernstudienanbietern erforderlich. Der Wissenschaftsrat schlägt vor, eine "Fachkommission Fernstudium" als Unterausschuß des Ausschusses Bildungsplanung der BLK einzurichten und dort einen Förderschwerpunkt Fernstudium zur Finanzierung von Fernstudienprojekten zu schaffen.

Aufgaben der "Fachkommission Fernstudium" sind insbesondere Empfehlungen zur Planung und Koordination des Fernstudiums, zur Weiterentwicklung konzeptioneller Vorstellungen, zur Vergabe der Mittel im Förderschwerpunkt und zur internationalen Vertretung des Fernstudiums. Dazu gehören auch Vorschläge für die Nomination der deutschen Vertreter in der EADTU (vgl. Kap. A.V.). Die Fachkommission sollte je zur Hälfte aus a) Vertretern von Bund und Ländern und b) Sachverständigen aus Hochschulen und Institutionen des Fernstudiums zusammengesetzt werden.

Der Förderschwerpunkt Fernstudium sollte bei der BLK eingerichtet werden. Um die Mittel sollten sich die Fernuniversität, die Fernfachhochschulen sowie interessierte Fachbereiche von Präsenzhochschulen bewerben können. Die Projekte sollten eine Laufzeit von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung um weitere drei Jahre haben. Die Bewerbung sollte über das zuständige Land an die BLK gerichtet werden.

Für die erste Programmstufe wird eine Mindestausstattung von jährlich zehn Millionen DM empfohlen, die von Bund und Ländern bilateral nach dem Muster der Finanzierung der Modellversuche aufgebracht werden sollten, d.h., die Länder finanzieren jeweils die Hälfte der Kosten der Vorhaben an ihren Hochschulen. Das Land sollte zusagen, daß nach sechs Jahren die für die Fortsetzung erfolgreicher Fernstudienprojekte erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden, wenn die gegen Ende der Projektlaufzeit vorgesehene Begutachtung des Projektes durch die Fachkommission zu einer entsprechenden Empfehlung führt. In die Bewilligungsbedingungen von geförderten Projekten ist aufzunehmen, daß Lehrmaterialien, die in Zusammenhang mit der Förderung entstehen, von Dritten gegen eine Gebühr genutzt werden können.



Für die erste Programmstufe des Förderschwerpunktes Fernstudium (1993-1997) stehen beim Bund aus vorhandenen Haushaltsmitteln fünf Millionen DM jährlich zur Verfügung, die durch entsprechende Mittel der Länder für deren Projekte auf zehn Millionen aufgestockt werden. Bei geschätzten jährlichen Programmkosten von durchschnittlich 400.000 DM für ein einzelnes Projekt können insgesamt 20 bis 30 Fernstudienprojekte gefördert werden.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt gegen Ende der ersten Programmstufe die Erfahrungen mit dem Förderschwerpunkt auszuwerten und Ziele, Bedingungen und Ausstattung des Schwerpunktes zu überprüfen.

#### VII.2. Finanzierungsbeiträge der Nachfrager

Für Maßnahmen der beruflichen wissenschaftlichen Weiterbildung mit Hilfe des Mediums "Fernstudium", die für die Nutzer in der Regel eine direkte Verwertung des erworbenen Wissens einschliessen, sollten Gebühren erhoben werden, die über eine bloße Schutzgebühr hinausgehen. Wissenschaftliche Weiterbildungsmaßnahmen werden auch heute schon zu einem Teil durch Gebühren refinanziert.<sup>1)</sup> Diese Lösung hat sich bewährt und sollte auch für das Fernstudium beibehalten werden. Sie empfiehlt sich schon deswegen, um die Anbieter und Nutzer zu marktkonformem Verhalten zu veranlassen. Wo immer dies möglich ist, sollten sich auch externe Kooperationspartner (Unternehmen, Verbände u.a.) finanziell engagieren. Für grundständige Fernstudien wird sich dieser

---

<sup>1)</sup> Die Gebühr für die Fernstudienbrückenkurse an Fachhochschulen der neuen Länder beträgt 300 DM pro Semester für eine Studienzeit von drei bzw. vier Semestern.

Grundsatz nur eingeschränkt realisieren lassen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt jedoch, auch bei den grundständigen sowie bei den nicht berufsbezogenen weiterbildenden Fernstudien eine angemessene Beteiligung der Nutzer an den Kosten sicherzustellen.

Nach wie vor jedoch liegt in den haushaltsrechtlichen Beschränkungen, denen die Hochschulen in der Regel bei der Verfügung über Gebühreneinnahmen unterliegen, ein ernstes Hindernis für eine größere Beteiligung der Hochschulen und der Hochschullehrer an der Weiterbildung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Ländern, soweit dies noch nicht geschehen ist, haushaltsrechtliche Bedingungen zu schaffen, die den Hochschulen eine zweckgebundene Verfügung über diese Mittel ermöglichen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land Nordrhein-Westfalen, der Fernuniversität einen höheren Anteil aus den laufenden Gebühreneinnahmen für Weiterbildungsstudien (zur Zeit ca. 25 %) und aus der vorgeschlagenen Vermarktung der Studienmaterialien zu belassen. Die Länder werden im übrigen gebeten, für ihre Hochschulen dementsprechende Regelungen zu erlassen, die Anreize für die Entwicklung, den Einsatz und die Vermarktung von Fernstudienmaterialien bieten.

Soweit Hochschullehrer über ihre regulären Lehrverpflichtungen hinaus in der Weiterbildung tätig sind, sollten Honorarzahlungen an sie möglich sein, die aus den hierfür eingenommenen Mitteln finanziert werden könnten. Die diesem Grundsatz bislang entgegenstehenden Vorschriften sollten in diesem Sinne novelliert werden. Der Wissenschaftsrat sieht darin eine entscheidende Vorbedingung, um zusätzliche Ressourcen für berufsbegleitende weiterbildende (Fern-)Studien zu erschließen.

Der Wissenschaftsrat hält die gegenwärtige Regelung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), das in den alten Ländern und demnächst auch in den neuen Ländern die Förderung von berufsqualifizierenden Weiterbildungsangeboten an Hochschulen ausschließt, für nicht sachgerecht. Mit dieser Regelung wird den Hochschulen ein wichtiges Segment des öffentlich finanzierten Weiterbildungsmarktes verschlossen, obwohl die Hochschulen für einen Teil der vom AFG geförderten Fortbildungsmaßnahmen geeignet sind und hier kostengünstige Lösungen, z.B. in Verbindung mit dem Fernstudium, möglich wären. Von den Hochschulen kann nicht einerseits ein größeres Engagement in der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung - wofür das Fernstudium besonders prädestiniert ist - gefordert werden, während sie andererseits von der Förderung nach AFG ausgeschlossen bleiben.<sup>1)</sup> Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher eine Änderung der einschlägigen Vorschrift.

### VII.3. Information und Dokumentation

Bei dem Verbundmodell mit einer größeren Zahl von Anbietern ist eine zentrale Dokumentation der Fernstudienangebote erforderlich. Eine On-line-Datenbank kann einen aktuellen und zuverlässigen Überblick über das Fernstudienangebot ermöglichen und damit die notwendige Markttransparenz für Anbieter und Nutzer sicherstellen. Diese Datenbank sollte in Zusammenarbeit mit der Fachkommission Fernstudium aufgebaut und unterhalten werden.

---

<sup>1)</sup> Die Vorschrift des § 34, Abs. 4 AFG gilt nicht für entsprechende Maßnahmen an Hochschulen im Beitrittsgebiet, wenn sie vor dem 31.12.1992 begonnen werden.

Bevor jedoch Entscheidungen zum Aufbau einer neuen Datenbank getroffen werden, ist zu prüfen, inwieweit die bereits vorhandenen Informationsangebote diesen Bedarf decken. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) dokumentieren die Fernlehr- und Studienangebote im deutschen Raum.<sup>1)</sup> Diese Informationen werden von der Bundesanstalt für Arbeit in einer On-line-Datenbank bereitgestellt, stehen bereits jetzt bei zahlreichen Arbeitsämtern zur Verfügung und können auch extern abgerufen werden; sie werden regelmäßig fortgeschrieben und weiter ausdifferenziert.<sup>2)</sup> Darüber hinaus werden Fernstudienangebote in das von der BLK und der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebene Verzeichnis zur "Studien- und Berufswahl" und in das von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zusammengestellte Weiterbildungsverzeichnis aufgenommen und fortgeschrieben.<sup>3)</sup> Europäische Fernstudienangebote werden zum Teil vom DIFF in Tübingen erfaßt. Es erscheint sinnvoll, die Datenbank des DIFF um die in Deutschland vorhandenen Fernstudienangebote zu ergänzen, z.B. durch Verknüpfung mit den bereits vorhandenen Informationsangeboten aus anderen Datenbanken.

- 
- <sup>1)</sup> Siehe Bundesinstitut für Berufsbildung/Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht, ebd. Dieser Katalog erscheint alle zwei Jahre.
  - <sup>2)</sup> Siehe Bundesanstalt für Arbeit: Kurs - Die Datenbank für Aus- und Weiterbildung. Nürnberg, August 1991.
  - <sup>3)</sup> BLK/Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Studien und Berufswahl. Bad Honnef 1991 - HRK: Weiterführende Studienangebote an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1991.

#### VII.4. Nutzung des Fernstudienmaterials anderer Anbieter

Mit öffentlichen Mitteln des Fernstudienfonds finanzierte Studienmaterialien sollten für alle interessierten Anbieter grundsätzlich ohne Beschränkungen zugänglich und einsetzbar sein. Dies erscheint notwendig, um eine überregionale Verbreitung der Fernstudienangebote zu gewährleisten. Dabei sind auch Kooperationsmodelle (Doppeleinschreibung, gemeinsame Prüfungen) zwischen den Hochschulen, die das Lehrmaterial produziert haben und denjenigen, die es in der Lehre einsetzen wollen, sinnvoll. Ungeachtet dessen hält es der Wissenschaftsrat jedoch für erforderlich, daß die Nutzungsrechte der Lehrmaterialien von anderen Hochschulen für deren Lehrzwecke unbeschränkt gegen Entgelt erworben werden können. Die Autorenverträge müssen entsprechend gestaltet werden. Bund und Länder werden gebeten, durch entsprechende Regelungen sicherzustellen, daß die bisher im Rahmen von BLK-Modellversuchen und sonstigen öffentlichen Förderprogrammen entstandenen Studienmaterialien auch von anderen öffentlichen Anbietern im Fernstudium eingesetzt werden können. Eventuell kann zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich hierfür ein Markt entwickelt, eine zentrale Zusammenfassung der Nutzungsrechte für Fernstudienmaterialien sinnvoll sein.

Eine Vermarktung der Fernstudienmaterialien liegt nicht nur aus finanziellen Gründen im Interesse der Anbieter; eine hohe Nachfrage anderer Veranstalter wäre auch ein Gütekriterium und würde sich auf das Renommé des betreffenden Fachbereichs positiv auswirken.

#### VII.5. Fernstudienzentren

Das Fernstudium ist mit einer Reihe von organisatorischen und administrativen Aufgaben an den einzelnen Anbieterhochschulen verbunden. Dabei ist vor allem an hochschulübergreifende Kooperations- und Koordinationsaufgaben zu denken sowie an die Notwendigkeit, den Kontakt zwischen Lehrenden und Fernstudenten herzustellen, die Studieninteressenten zu beraten und über die überregionalen wie die Fernstudienangebote der jeweiligen Hochschule zu informieren. Deswegen empfiehlt sich eine an der Nachfrage orientierte Einrichtung von Fernstudienzentren an einzelnen Präsenzhochschulen. Diese Studienzentren sollten für mehrere Anbieter offen sein. Damit würde eine breitere Nutzung der in der Bundesrepublik verfügbaren Fernstudienangebote ermöglicht. Die Studienzentren sollten auch Kontakte zu außeruniversitären Institutionen (Kammern, Verbänden etc.) suchen und über berufsbegleitende Studienangebote informieren.

Fernstudien- (und Weiterbildungs-)Zentren existieren bereits an einer Reihe von Hochschulen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Ländern, weiteren Hochschulen, die sich im Fernstudium erkennbar engagieren, die erforderlichen Mittel für Einrichtung und Betrieb von Fernstudienzentren zur Verfügung zu stellen und in jedem Land mindestens ein Fernstudienzentrum zu errichten. Dem Land Nordrhein-Westfalen wird empfohlen, eine Verlagerung der nordrhein-westfälischen Studienzentren an benachbarte Hochschulen zu prüfen.

#### B.VIII. Empfehlungen für die neuen Länder

Die Hochschulen der neuen Länder bedürfen rasch staatlicher Hilfe, um neue Fernstudienangebote aufzubauen bzw. das vorhandene Angebot inhaltlich und organisatorisch zu erneuern. Dabei sollte entsprechend der Nachfrage die Förderung

von Fernstudiengängen (insbesondere von Aufbau- und weiterbildenden Studien) in den Fächern Wirtschafts-, Rechtswissenschaft und Informatik sowie für die Nachqualifizierung von Berufstätigen in sozialen und pädagogischen Berufen im Vordergrund stehen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die für das Fernstudium vorgesehenen Mittel des Hochschulerneuerungsprogramms gezielt einzelnen Fachbereichen an Hochschulen der neuen Länder zur Verfügung zu stellen.

Als einen Ausbauschwerpunkt empfiehlt der Wissenschaftsrat die Technische Fachhochschule Berlin (einschließlich Fachhochschule für Technik und Wirtschaft i.G.). Diese Fachhochschule verfügt bereits über ein Fernstudieninstitut, das zudem die zentrale Servicestelle für die Fernstudienbrückenkurse ist, mit denen im Sommersemester 1992 begonnen worden ist. Dieser Hochschule sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden, gezielt weitere Fernstudienangebote zu entwickeln.

Als einen weiteren Ausbauschwerpunkt für das Fernstudium an Hochschulen der neuen Länder empfiehlt der Wissenschaftsrat den Standort Dresden. Die TU Dresden sollte basierend auf ihren Erfahrungen Fernstudienangebote vor allem für Weiterbildungs- und Aufbaustudiengänge in den technischen Fächern aufbauen. Darüber hinaus empfiehlt der Wissenschaftsrat, daß auch in den anderen neuen Ländern ausgewählten Fachbereichen gezielt Mittel für Fernstudien zur Verfügung gestellt werden. Einen besonderen Bedarf sieht der Wissenschaftsrat für Weiterbildungsangebote in den Wirtschaftswissenschaften einschließlich der Agrarökonomie, in den Rechtswissenschaften, für Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie für Lehrer. - (Zur Empfehlung für eine Außenstelle des DIFF in Dresden siehe Kapitel C.III.).

## C. Empfehlungen zu einzelnen Institutionen

### C.I. Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen (FUH)

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Bemühungen der Fernuniversität, vermehrt auch ein berufsbezogenes weiterbildendes Fernstudium in strukturierter Form anzubieten. Die Fernuniversität, deren Studierende überwiegend berufstätig sind, könnte eine beispielgebende Rolle in der praxisorientierten, auf die beruflichen Weiterbildungsinteressen ihrer Adressaten gerichteten Lehre übernehmen. Wie von der FUH selbst hervorgehoben, strebt die Mehrzahl der für ein grundständiges Studium eingeschriebenen Studenten ausdrücklich keinen Abschluß an. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, diesem Sachverhalt stärker Rechnung zu tragen und dem bei Gründung der Hochschule vorgesehenen Schwerpunkt in der Weiterbildung durch Erarbeitung spezieller, adressatenspezifischer Fernstudienkurse nachdrücklichere Beachtung zu schenken.

Die Fernuniversität sollte das im Sommer 1991 beschlossene Kurs-Zertifikatssystem zügig umsetzen. Für die grundständigen Studiengänge empfiehlt der Wissenschaftsrat ferner, die Einführung eines abgestuften Leistungsnachweisverfahrens zu prüfen, um durch Bildung von Teilzielen die lange Studiedauer zu unterteilen und für die Studierenden überschaubarer zu machen. Dies würde auch eine differenziertere Bewertung der Studienabbrecherquote ermöglichen und liegt daher im Interesse der Fernuniversität wie ihrer Studierenden.



Die Studienmaterialien der Fernuniversität sollten künftig auch von anderen Hochschulen genutzt werden können. Sofern die Lehrbriefe nicht im Rahmen von BLK-Modellversuchen entwickelt wurden, für die eine Nutzung seitens Dritter ohnehin möglich ist, sollte die FUH ihre Lehrmaterialien gegen Gebühren auch für Studierende zur Verfügung stellen, die nicht in Hagen immatrikuliert sind; der FUH kann dabei die Möglichkeit eingeräumt werden, höhere Entgelte als von den in Hagen eingeschriebenen Studenten zu erheben.

Der FUH und den übrigen Trägern der Studienzentren wird empfohlen, die Leistungsfähigkeit der Studienzentren zu verbessern. Diese sollten, wo immer möglich, an benachbarte Hochschulen verlagert und so ausgestattet werden, daß sie ihre Betreuungsaufgaben besser erfüllen können. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob die den Mentoren gewährten Vergütungen und die Beschäftigungsbedingungen sowie ihre Einbindung in die Fernuniversität verbessert werden müssen, damit ausreichend qualifiziertes Personal gewonnen werden kann.

Der Wissenschaftsrat hält die Zahl der Diplom- und Magister-Abschlüsse gemessen an der Zahl der Studienanfänger an der FUH für zu gering. Er empfiehlt eine umfassende Evaluation des Studienbetriebs, wie sie bereits für die Sonderpädagogik an der Fernuniversität vorbildlich geleistet wird, um die Ursachen von Funktionsmängeln klarer aufzudecken und gezielt beheben zu können.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt der FUH, eine fachliche Arrondierung ihres Studienangebots vor allem durch Kooperationsvereinbarungen mit Fachbereichen an Präsenzhochschulen zu realisieren. In diesem Sinne ist die Zusammenarbeit mit der Universität Düsseldorf im neuen Studiengang Rechtswissenschaft als erster Schritt zu einem überregionalen juri-

stischen Fernlehrangebot zu begrüßen. Auf diesem Wege könnten auch Präsenzstudiengänge durch Elemente des angeleiteten Selbststudiums angereichert werden.

Ein fachlicher Ausbau der FUH in den experimentellen Natur- und Ingenieurwissenschaften sollte aus den in Kapitel B.II. und B.VI. genannten Gründen zurückgestellt werden.

### C.II. Präsenzhochschulen

Die Präsenzhochschulen benötigen Anreize, um parallel zum Präsenzstudium Fernstudienangebote aufzubauen. Hierfür wird ein Förderschwerpunkt Fernstudium empfohlen (vgl. Kapitel B.VII.). Außerdem sollten Einnahmen aus Fernstudien im Haushalt der Hochschulen verbleiben. Personal, das den Hochschulen aus Mitteln des Förderschwerpunktes Fernstudium oder gezielt von den Ländern für das Fernstudium zur Verfügung gestellt wird, darf nicht in die Kapazitätsberechnungen für das Präsenzstudium eingehen. (Vgl. die Kapitel B.VI. und B.VII.).

Der Wissenschaftsrat hält es für vorrangig, Fernstudium vor allem in der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung auszubauen. Nicht zuletzt im Hinblick auf diese Zielsetzung empfiehlt er, das Fernstudium insbesondere an Fachhochschulen zu fördern.

Der Wissenschaftsrat hält es ferner für sinnvoll, daß Präsenzhochschulen auf Vertragsbasis Lehre und Betreuung (Präsenzphasen) als Dienstleistung für die Fernuniversität Hagen erbringen und ihre Infrastruktur (Bibliotheken, Rechner-Arbeitsplätze, Praktikumsräume u.ä.) den Fernstudenten zur Verfügung stellen. Hierfür bedarf es entsprechender

Vereinbarungen zwischen der FUH und den betroffenen Hochschulen. Da die entsprechenden Hochschuleinrichtungen von Fernstudenten vorwiegend abends und an Wochenenden genutzt werden, entstehen für das Präsenzstudium keine zusätzlichen Engpässe; Voraussetzung ist allerdings, daß die betreffenden Einrichtungen länger geöffnet bleiben. Die hierfür erforderlichen Mittel sollten den Hochschulen vom jeweiligen Sitzland zur Verfügung gestellt werden.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt ferner, an den Hochschulen, die sich am Fernstudium beteiligen wollen, Studienzentren einzurichten, die organisatorische und administrative Aufgaben übernehmen sowie Beratungs- und Kontaktfunktionen für die Studierenden und externe Partner erfüllen sollen. Die Länder werden gebeten, den Hochschulen im Bedarfsfall die erforderlichen Mittel für die Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung von Studienzentren an Hochschulen ist eine zwingende Konsequenz eines verstärkt auf regionale Angebotsstrukturen und Bedürfnisse ausgerichteten Fernstudien-systems.

### C.III. Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF)

Das DIFF sollte sich auf Forschung, Entwicklung und Erprobung von Lehr-Lern-Modellen im Fernstudium konzentrieren, wobei diese prototypischen Modelle auf solche Bereiche des Fernstudiums und der Weiterbildung zu fokussieren sind, die neuer, wissenschaftlich fundierter Methoden am dringendsten bedürfen.<sup>1)</sup> Ihre Entwicklung sollte in enger Zusammenarbeit mit potentiellen Anwendern stattfinden. Durch konkrete

---

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die Stellungnahme des Wissenschaftsrates von 1990, s. S. 41 dieser Empfehlung.

Kooperationsprojekte sollte der Nachweis erbracht werden, daß die Leistungen des Instituts auch tatsächlich nachgefragt werden.

Ferner sollte das DIFF unter Nutzung seiner institutionellen Beziehungen im internationalen Rahmen die Entwicklungen im Bereich der neuen Medien intensiv weiterverfolgen und Möglichkeiten ihres Einsatzes im Fernstudium untersuchen und fördern.

Unter Beachtung der prioritären Aufgabenstellung ist eine zeitlich begrenzte Beteiligung des DIFF in der Lehrerweiterbildung in den neuen Ländern für den Fall zu befürworten, daß die für die Schulen der neuen Länder zuständigen Ministerien ein entsprechendes spezifisches Engagement des DIFF anfordern und aktiv unterstützen. Unter dieser Voraussetzung können hierfür mittelfristig HEP-Mittel in Anspruch genommen werden. Falls langfristig Bedarf besteht, ist eine gesonderte Honorierung dieser Leistungen durch die auftraggebenden Länder sicherzustellen.

Neben dem Know-how-Transfer in der Weiterbildung sollte das DIFF auch Beratung für den Aufbau von Fernstudien und die didaktische Entwicklung von Fernstudienmaterialien anbieten. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung für den Aufbau von Fachhochschul-Fernstudien sowie den Neuaufbau des Fernstudiums in den neuen Ländern (s. u.). Das DIFF sollte sich dabei auf die Bereiche konzentrieren, in denen es besondere Kompetenzen besitzt, wie modellhafte Lehr-Lern- und Medienkonzepte für selbstinstruierende Lernprozesse. Das DIFF könnte damit einen Beitrag zum organisatorischen und curricularen Aufbau von Fernstudienangeboten an den Präsenzhochschulen leisten. Da sich dies im Rahmen der Dienstaufgaben des Instituts bewegt, ist damit kein zusätzlicher Stellenbedarf verbunden. Eine Kooperation

zwischen dem DIFF und Fernstudienanbietern könnte die Rückkoppelung zwischen Forschung und Praxis in Weiterbildung und Fernstudium verbessern. Dies läge im Interesse des DIFF und könnte die für die Vergangenheit vom Wissenschaftsrat beklagte "splendid isolation" eines "weitgehend autarken Zentralinstituts für Weiterbildung" überwinden helfen.<sup>1)</sup>

Zur Förderung des Fernstudiums in den neuen Ländern empfiehlt der Wissenschaftsrat dem DIFF eine Außenstelle in Dresden einzurichten und die hierfür notwendigen Personalstellen durch Verlagerung aus dem gegenwärtigen Stellenbestand bereitzustellen.

#### C.IV. Zentralstelle für das Hochschulfernstudium

Die Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF) kann in ihrer bisherigen Form und mit ihrer bisherigen Funktion nicht fortgeführt werden, da mit den grundlegenden Veränderungen im Hochschulwesen der neuen Länder die Aufgaben der ZHF entfallen sind.

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum DIFF, 1990, a.a.O., S. 549.

#### D. Zusammenfassende Empfehlungen

Die wesentlichen Aufgaben des Fernstudiums bestehen darin, einen Beitrag zur wissenschaftlichen Weiterbildung zu leisten und, wo sachlich begründet, grundständige Ausbildungsangebote für Studenten bereitzustellen, die ein Präsenzstudium nicht absolvieren können oder wollen. Vor allem in der wissenschaftlichen Weiterbildung ist von einer wachsenden Nachfrage nach präsenzunabhängigen Vermittlungsformen auszugehen.

Die Anfang der 70er Jahre in das Medium Fernstudium gesteckten Erwartungen haben sich nur teilweise erfüllt. Im Fernstudium hat das deutsche Hochschulsystem mit Entwicklungen im Ausland nur begrenzt Schritt halten können. Die Ursachen liegen unter anderem in der mangelnden Akzeptanz des Fernstudiums in den Präsenzhochschulen, in fehlenden finanziellen Anreizen für die Entwicklung von Fernstudien an Präsenzhochschulen, in nicht nachfragegerechten Angeboten und in einer der überregionalen Nutzung des Fernstudiums nicht adäquaten Finanzierung der Fernstudienanbieter. Für die künftige Entwicklung des Fernstudiums empfiehlt der Wissenschaftsrat:

- die Finanzierung des Fernstudiums auf eine neue Basis zu stellen und damit auch wirksame Anreize zu schaffen, damit sich Präsenzhochschulen auf diesem Gebiet engagieren,
- die Angebote stärker an der Nachfrage zu orientieren und dabei insbesondere weiterbildende Fernstudien für Berufstätige anzubieten,
- ein Angebot an Fachhochschul-Fernstudien zu entwickeln und dabei einen engen Kontakt zu Organisationen des Berufsfeldes herzustellen,

- das Fernstudium auch für Personen zu öffnen, die ihre Eignung durch berufliche Erfahrungen nachweisen können,
- angemessene organisatorische und curriculare Strukturen vor allem für das grundständige Fernstudium zu entwickeln und dabei insbesondere die Präsenzphasen auszubauen, um den Studienerfolg der Fernstudenten zu verbessern und
- ein marktkonformes Verhalten der Beteiligten durch weitgehend kostendeckende Gebühren für Weiterbildungsstudien zu fördern, wobei die Gebühren den Hochschulen als Einnahmen verbleiben sollten.

Um ein entsprechendes Angebot auch institutionell zu gewährleisten, empfiehlt der Wissenschaftsrat:

- eine arbeitsteilige Kooperation in einem Verbund zentraler (FUH, DIFF), regionaler (Fernfachhochschulen) und dezentraler Einrichtungen (Präsenzhochschulen), die Fernstudiengänge und -kurse koordiniert entwickeln und anbieten;
- die Einrichtung einer "Fachkommission Fernstudium", die je zur Hälfte aus Vertretern des Bundes und der Länder einerseits und Sachverständigen andererseits zusammengesetzt werden sollte. Die Fachkommission sollte im Rahmen der BLK errichtet werden und koordinierende Aufgaben im Fernstudienverbund übernehmen, die Politik beraten und Empfehlungen zur Vergabe der Fördermittel des Förderschwerpunktes Fernstudium vorlegen;
- die Bereitstellung eines Förderschwerpunktes Fernstudium im Rahmen der BLK mit vorerst zehn Millionen DM jährlich, dessen Mittel im Wettbewerb an leistungsfähige Fernstudienanbieter für die Entwicklung, Erprobung und Durchführung von Fernstudien vergeben werden;

- eine aktive Beteiligung deutscher Hochschulen mit Fernstudieninteressen an Programmen der Europäischen Gemeinschaft zur Erforschung, Entwicklung und Durchführung des Fernstudiums;
- die Einrichtung mehrerer länderübergreifender "Fernfachhochschulen", die auf die Ressourcen der bestehenden Fachhochschulen zurückgreifen und insbesondere weiterbildende Fernstudien entwickeln und anbieten. Hierfür sind zusätzliche Mittel der Länder erforderlich;
- eine Kooperation der Fernuniversität Hagen mit Fachbereichen an Präsenzhochschulen, die für die FUH vertraglich vereinbarte Dienstleistungen für das Fernstudium erbringen und gegebenenfalls gemeinsam mit der FUH Fernstudienangebote entwickeln und durchführen;
- der FUH die systematische Evaluation der Studienbedingungen und der Ursachen der auch von ihr als unbefriedigend bezeichneten Zahl der Studienabschlüsse sowie den gezielten Ressourceneinsatz zur Verbesserung dieser Situation;
- der FUH Zurückhaltung beim weiteren Ausbau grundständiger Studiengänge in den experimentellen Fächern;
- der FUH ein verstärktes Engagement in der berufsorientierten Weiterbildung, die mit externen Partnern abgestimmt und auf die Erfordernisse abgrenzbarer Interessengruppen zugeschnitten werden sollte;
- Konzentration des DIFF auf die in der Stellungnahme des Wissenschaftsrates von 1990 bezeichneten Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für Fernstudium und Weiterbildung. Diese Leistungen sollten künftig auch Fachbereichen an Hochschulen, die Fernstudien entwickeln wollen, angeboten bzw. auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden;



- Errichtung einer Außenstelle des DIFF in Dresden zur Förderung des Fernstudiums in den neuen Ländern;
- Schließung der Zentralstelle für das Hochschulfernstudium (ZHF) in Dresden.

Der hier in der Ausstattung von zehn Millionen DM jährlich auf fünf Jahre vorgeschlagene Förderschwerpunkt Fernstudium soll die Finanzierung einer Reihe von Projekten insbesondere für das berufsbezogene, weiterbildende Fernstudium ermöglichen. Damit können dem Fernstudium in Deutschland neue Impulse gegeben werden. Der bildungspolitisch wünschenswerte und auch politisch vielfach geforderte massive Ausbau des Fernstudiums würde allerdings wesentlich umfangreichere Ressourcen beanspruchen.

(

←

